

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Anzeigenpreis die 6 Geipalt. Colonnezeit für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Treue im Kleinen.

Wenn man unsere Vereine ausschließlich nach den Prinzipienreden beurteilen wollte, könnte man sich freuen über das Leben der Organisationen. Aber Neben sind nicht Taten. Und Taten vor allem sind notwendig, sonst bleiben die Verbände immer weit hinter den Ideellen und materiellen Zielen, die in den Programmreden mit begeisterten Worten dargelegt werden, zurück. Ist dies aber ein Grund, das Vereinsleben zu unterschätzen? Durchaus nicht. Diese allgemeine Beobachtung soll nur jedem Mitgliede eine Mahnung sein, seinerseits mitzuarbeiten und die Grundsätze auszuführen. Da gilt es, im Kleinen treu zu sein.

Da unser christlicher Metallarbeiterverband an erster Stelle einem wirtschaftlichen Zwecke dient, muß er einen starken pekuniären Untergrund haben, zu dem alle Mitglieder beitragen sollen. Die entsprechende Verpflichtung des einzelnen ist gering, und doch erfordert sie Treue im Kleinen. Die Vertrauensmänner dürfen die Mühe nicht scheuen, den Beitrag Woche für Woche einzuziehen und die Unzuverlässigen, die mit dem Gewerkschaftszweck noch nicht Vertrauten besonders im Auge zu behalten. Die Mitglieder müssen Woche für Woche das Geld bereit legen und dürfen keine Unordnung und Unregelmäßigkeit bei sich eintreiben lassen. Diese regelmäßige Geschäftserledigung sichert auf natürliche Weise eine feste Verbindung zwischen Vorstand und Mitgliedern.

Den sichersten Maßstab für den Eifer der Mitglieder und das Leben eines Verbandes bietet der Besuch der Versammlungen. Wenn die Kollegen aus Interesse oder aus wichtigen Gründen zu Hause bleiben, fehlt es an der gewissenhaften Kontrolle und Werbearbeit; und die Kollegen lassen die Verpflichtung gegen den Verband aus dem Auge, von dessen innerer Geschlossenheit und Stärke seine wirtschaftlich-soziale Bedeutung und damit die Möglichkeit seiner Wirksamkeit für die Mitglieder abhängt.

Der Verband kann für seine Mitglieder am nachhaltigsten tätig sein, in dem jedes Mitglied die Treue im Kleinen in die Wirklichkeit umsetzt.

Der sozialdemokratische Verrat an den Mendener Metallarbeitern.

Der schmachvolle Verrat, den Führer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes an den seit 5 Monaten um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Mendener Metallarbeitern verübt haben, wurde von uns wiederholt gekennzeichnet. Zug um Zug wurden die roten Mäntel aufgedeckt u. der Doffentlichkeit zur gebührenden Verachtung übermittelt. Einer der Hauptheger gegen die christlichen Arbeiter, der Reichstagsabgeordnete Karl Spiegel, seines Zeichens Bezirksleiter des sozialdemokratischen Verbandes für Rheinland-Westfalen, wurde in Nr. 4 dieser Zeitung dermaßen gestäubt, daß ihm Hören und Sehen verging. Mit keinem Wort hat dieser Genosse auf die ihm applizierten Abreibungen reagiert. Als aber die „Spiegelereien“ durch die Flugblätter unseres Verbandes auch in die Mitgliederkreise des deutschen Metallarbeiterverbandes gelangten, schlugen die Flamme der Empörung zum roten Dach hinaus. Spiegel wurde von seinen Genossen zitiert nach Stuttgart, Hamburg, Remscheid usw. usw. Und seine rheinisch-westfälische Bezirksleitung gab ein Flugblatt heraus, das in seinem ohnmächtigen Grimm eine einzige Fuzurie gegen die christliche Arbeiterbewegung darstellte. In dem roten Flugblatt suchten sich die verbult und zerschunden vom Kampfpfad heimkehrenden Genossen herauszuwindeln, wobei sie die Wahrheit strangulierten. Das ist nicht verwunderlich, denn diese Burschen — um mit dem Sozialdemokraten Dr. Quark zu reden — mögen wo sie mögen können.

Um sich aus der Schlinge zu ziehen, und um den ob der Schurkenstreiche der sozialdemokratischen Führer empörten Metallarbeitern Sand in die Augen zu streuen, schwindelt sich der rote Flugblattschreiber immer tiefer in den Sumpf. So wird in dem Flugblatt, um nur einiges herauszugreifen, behauptet: die Verwaltungsstelle Fierlohn des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes habe im Einverständnis mit der Bezirksleitung an die Mitglieder des soz. Verbandes die Parole ausgegeben, sich dem Kampf in Mendener anzuschließen. Wie diese Behauptung einzuschätzen ist, wird mit Blick auf die Verhältnisse, wenn man berücksichtigt, daß im Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes der Bezug nach Mendener nicht gelperert ist.

bandes der Bezug nach Mendener nicht gelperert ist.

Zu den bisher gebrandmarkten Verrätereien des sozialdemokratischen Verbandes gegen die kämpfenden Mendener Arbeiter fügt der rote Flugblattschreiber eine weitere, in dem er schwindelt, 550 ehemalige Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes in Mendener seien zu Arbeitswilligen geworden. Einen solch hahnbüchernen Blödsinn magt nicht einmal der Mendener Arbeitgeberverband in die Welt zu setzen. Das Gegenteil ist denn auch wahr; immer mehr und mehr macht sich auch bei den Unorganisierten der Gedanke der Solidarität bemerkbar. Noch am 5. März haben bei der Firma Dransfeld u. Co. 12 Arbeiter die Arbeit niedergellegt und zwar deshalb, weil sie einerseits nicht mehr mit den generbsmächtigen, angeworbenen Streikbrechern arbeiten wollten und andererseits, um gegenüber der kämpfenden Arbeiterschaft Solidarität zu bezeugen.

Der offensichtliche Schwindel der roten Bezirksleitung beweist ebenso wie ihr verlogenes Festhalten an der unwahren Behauptung, der Kampf in Mendener sei nicht entstanden aus Lohnforderungen, sondern wegen der Nichtwiedereinstellung eines christlich organisierten, welche Gliederverkürzungen der sozialdemokratische Verband vornahmen muß, um seinen schamlosen Verrat zu überkleistern.

Diese Brandmarkungen in den Flugblättern unseres Verbandes haben den Spiegel und Kornforten die Peter-Jillie ganz gründlich verhägelt. Das läßt wenigstens der Bericht über die Remscheider Rechtsfertigungsversammlung in der dortigen sozialdemokratischen Arbeiterzeitung erkennen. Spiegel hat dort kein Wort „vom Mendener Kampf wegen eines Nichtwiedereingestellten“ gesagt auch mußte er nichts von „550 ehemaligen christlich organisierten, die Arbeitswillige geworden“ seien. Dagegen behauptete er frechweg, der Beamte Hoffmeister vom Deutschen Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Fierlohn) habe nicht gesagt: „dann werde ich unsere Mitglieder anweisen, Streikarbeit zu verrichten“. Am 13. Januar dieses Jahres ist dem Genossen Hoffmeister am Schöffengericht in Mendener dieser Ausspruch nachgewiesen worden. Die Handlungsweise Hoffmeisters wurde in unserem Organ in schärfster Weise gebrandmarkt, wodurch Hoffmeister sich beleidigt fühlte und Klage anstregte. Unserem Redakteur wurde nun am 24. Januar ds. Js. vom Gericht mitgeteilt, daß Hoffmeister die Klage zurückgezogen habe, und daß das Verfahren auf Kosten des Klägers eingestellt sei. Mitthin gab Hoffmeister durch die Zurückziehung der Klage zu, daß er erklärt hat: „dann werde ich unsere Mitglieder anweisen, Streikarbeit zu verrichten.“

Trotz dieser gerichtlich festgestellten Tatsache behauptet Bezirksleiter Spiegel mit eigener Stirn: „Hoffmeister hat es nicht gesagt“. Wahrhaftig, die deutsche Sprache ist zu arm, um eine solche Unwahrheit gebührend zu brandmarken. Die Metallarbeiter aller Branchen werden aber nun erkennen, daß der Delegierte Peine vollständig im Rechte war, als er auf der Münchener Generalversammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes erklärte:

„Wenn die Bezirksleiter des (Deutschen) Metallarbeiterverbandes längere Zeit auf ihren Posten sind, sind sie in Bezug auf Wahrheitsliebe am Ende angelangt.“

Wenn nun Spiegel, wie es in der Remscheider Arbeiterzeitung heißt, von „christlichen Schmierlappereien“ und von „christlichen Flugblatt-Schmierfinken“ redete, so ist das nicht tragisch zu nehmen, geprügelte Hunde heulen ja auch. Im übrigen beweist diese „feine“ Tonart des Reichstagsabgeordneten Spiegel, daß er sachlich mit seinem Latein zu Ende ist und sich mit Schimpfen herauszuwindeln sucht: Wer schimpft hat Unrecht! Auch scheint Spiegel, seitdem er als Abgeordneter öfter in Berlin weilte, im Umgang mit den roten Zentralinstanzen keinen Veredelungsprozeß durchgemacht zu haben.

Karl Spiegel suchte sich auch zu rechtfertigen gegenüber der Feststellung des Landgerichtes Oberfeld, welches ihn für ungläubwürdig erklärte. Im Bericht der „Remscheider Arbeiterzeitung“ heißt es darüber:

„Die Strafkammer unter dem Vorsitz des bekannten Landgerichtspräsidenten Eriger habe ihn, Spiegel, als ungläubwürdig bezeichnet. Das stimmt! Die Christen aber kennen die Bewertung sozialdemokratischer Zeugen durch gewisse Richter.“

Das du die Nase ins Gesicht behältst! Wenn das wahr wäre, dann ließen die Metallgenossen nicht bei jeder Gelegenheit zum Radi zur Reparatur ihrer ramponierten Ehre. Als Schulbeispiel sei nur an den verkrachten Klageselbstzug des Genossen Hoffmeister-Fierlohn gegen uns erinnert.

Mit solch plattem, aufgelegtem Schwindel sucht Spiegel die Doffentlichkeit irre zu führen. Damit glaubt

er den „Beweis“ für seine unwahren Behauptungen geliefert zu haben. Daß übrigens der Spiegelischen Erklärung kein Glauben beizumessen ist, mag dadurch bewiesen werden, daß Spiegel sich in dem erwähnten Urteil des Landgerichtes sagen lassen muß:

„Deshalb ist auch der Zeuge Spiegel nicht als glaubwürdig anzusehen.“

Und einer so allgemein gehaltenen Behauptung eines vor Gericht moralisch verurteilten Bezirksleiters des deutschen Metallarbeiterverbandes sollte Wert beizumessen sein? Dies wird niemand tun, der die mehr als eigenartigen Praktiken Spiegels kennt.

„Die Scham ist also wirklich zu den Hunden entflohen.“

So greint am Schluß einer spaltenlangen Heulmeierei über „christliche Kampfweise“ in seiner Nr. 10 das Blatt des roten Metallarbeiterverbandes. Die restlose Bloßstellung und die vollständige Entlarbung der roten Fabrikanten angeblicher christlicher Streikbrüche ist den Herrschaften sichtlich verteuert unbequem. Die sozialdemokratischen Verbandsmitglieder selbst geben schon ihrer Entrüstung über das fortgesetzte verlogene und die Arbeiterinteressen schwer schädigende Gebahren gewisser Führer ihrer Richtung unverhohlenen Ausdruck. In Ludwigsburg hat die Flucht aus dem genössischen Verbandslager schon stark eingesezt. Die von uns veröffentlichte Gegenklärung des ehemaligen Kronzeugen der roten „Führer“, Josef Hirsch, die mit Blick auf den schauerhaften Abgrund sozialdemokratischer Vorters- und Kautschymoral beleuchtete, hat im roten Lager wie eine Bombe eingeschlagen. Auch der simpelste Genosse mußte ja einsehen, daß hier sozialdemokratische „Führer“ Leute, denen er Vertrauen entgegen bringen soll, die Kollage eines Menschen dazu einbrauten, sich von ihm die Unwahrheit als Wahrheit beschreiben zu lassen.

Die so der Unwahrhaftigkeit überführten Obergemoffen suchten sich jetzt durch den berühmten Sprung vom Hölzle aufs Stöckle aus der unangenehmen Situation herauszuwinden. Zur Verkleisterung des klaren Tatbestandes verbreht man einfach Neußerungen, die Kollege Gengler in seiner Erwiderung auf die Ausführungen des roten Beamten Eggert in einer Versammlung in Ulm gemacht hat. Als Eggert sich dort auf das bekannte Schriftstück mit der von den Genossen unter schäbiger Ausnutzung der Kollage eines Arbeiters erhaltenen Unterschrift bezog, sagte Gengler, daß er sich schämen würde, sich auf ein solches Zeugnis zu berufen.

Hirsch war aber ehrlicher wie die Genossen. Nachdem er erfahren hatte, was rote Demagogie aus dem Schriftstück gemacht hatte, kam er freiwillig um die Sache möglichst wieder gut zu machen. Es schlug ihm das Gewissen, das sich durch die Silberlinge der Genossen einfach kein Schweigen mehr auferlegen lassen wollte. Dieser Schritt eines Kleinen Sünders ärgert nun die großen roten Sünder und die sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung ganz gewaltig. Um keinen Preis wollen sie ihre offenkundigen Schandtaten eingestehen und suchen deshalb ihre Genossen und die Doffentlichkeit durch einen Seitenprung abzulenken. So heißt es in der Metallarbeiterzeitung:

„Wer hat in Ludwigsburg mit diesem nach Genglers Urteile schlechten Menschen, vor dem man sich schämen müßte, gesprochen und über die Erklärung verhandelt? Wer hat die Erklärung alsdann nach Duisburg an die Redaktion des christlichen Metallarbeiters gelangt? Wer ist es, der sich jetzt auf die Erklärung des Hirsch beruft? Es ist derselbe Gengler, der in Ulm. gesagt hat, etc.“

Als ob durch diese oberflächliche Entrüstungsmache die roten Fälschungen und Arbeiterverrätereien aus der Welt geschafft werden könnten! —

Tatsache ist, daß Kollege Gengler mit der Gegenklärung des Josef Hirsch nichts zu tun hat. Gengler hat befragten Josef Hirsch bis heute weder gesehen, noch mit ihm gesprochen oder verhandelt; auch war Gengler am 15. Februar nicht in Ludwigsburg. Tatsache ist, daß Hirsch am 15. Februar freiwillig bei unserem Kollegen Seigerschmidt vorsprach, um seinen Fehler zu bekennen und die Sache durch Abgabe einer schriftlichen Erklärung möglichst wieder gut zu machen. Tatsache ist weiter, daß Hirsch kein Mendener ist, wie die Metallarbeiterzeitung glauben machen will, sondern der Mann ist Würtemberg. Erinnert sei dann noch daran, daß die ganze Mitgliedschaft dieses Arbeiters im christlichen Metallarbeiterverband in der Leistung eines einzigen Wochenbeitrages bestanden hat.

Mögen sich also die roten Flugblattschreiber samt dem roten Verbandsblatt drehen und wenden wie sie wollen, die Tatsache bleibt bestehen, daß Beamte des sozialdemokra-

tischen Metallarbeiterverbandes die Notlage eines Arbeiters dazu ausgenutzt haben, sich unter eine verlogene, selbst-fabrizierte Erklärung gegen den christlichen Metallarbeiter-verband eine Unterschrift zu ergattern.

Kein Wunder also, wenn jetzt selbst in den Köpfen sozialdemokratischer Verbandsmitglieder so etwas wie die Erkenntnis aufdämmert, daß das Urteil des Oberbergrichters gegen den Deutschen Metallarbeiterverband auch auf den jüngsten roten Verleumdungsfeldzug gegen den christlichen Metallarbeiterverband und die kämpfenden Kollegen in Mendeln paßt: Denn die sozialdemokratischen Schwindereien, Lügen und Verleumdungen sind in der Tat Teufelsien und Arbeiterverrat. Kein Wunder auch, wenn in besagten Genossenschaftskörpern sich immer mehr die Ansicht durchringt, daß mit der Scham ihrer „Führer“ auch die Wahrhaftigkeitsliebe den eigenen Genossen gegenüber „zu den Hunden entflohen“ ist.

Die religiöse Neutralität der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine.

Weil der Bischof von Rottenburg sich kürzlich sehr warm für die Stärkung der christlichen Gewerkschaften ausgesprochen hat, bekam ein gewisser R. F. heftige Mißbefehle. Zur Behebung seines Mißmaßes stieg er in die Hirsch-Dundersche Hausapotheke vulgo Gewerksvereinsregistratur und suchte nach einem tüchtigen Mittel gegen die bösen Christen. Er fand in dem 45jährigen Altenkaub aber nur das Prokrustesrezept, das da lautet: „Hade oben und unten soviel ab, bis es paßt.“ Nach dieser Gebrauchsanweisung quält sich R. F. durch zwei Spalten des „Regulator“ (Nr. 10/1913) um — man staune — etwas nachzuweisen; was, ist mit dem besten Willen nicht zu entdecken. Das geht hundertfach durcheinander, ungefähr wie im Mandover: „Kinn in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln.“ Er wettert gegen den „Beobachter“, die „Oberhambische Volkszeitung“, den „Bergknappen“ u. a. m. im allgemeinen, und gegen die christlichen Gewerkschaften im besonderen. Auf seiner Suche nach Kronzeugen sichtet der Mann die trüben Quellen von „Sitz Berlin“ leer, bis auf den Grund. Was da herauskommt, können sich unsere Kollegen denken. Jedenfalls ist der Mann um das Ergebnis seines Fanges nicht zu beneiden. Nicht einmal alle Wohlgerüche Arabiens können die Hirsch-Dunderschen Schandtatzen in Stolberg aus der Welt schaffen, viel weniger denn der „Berliner“ Duft.

Doch in dem Regulatoraufguß befindet sich etwas, was einer näheren Betrachtung wert ist, es ist da nämlich zu lesen:

„Es ist ein unangenehmer Gedanke, derartige Polemik gezwungen führen zu müssen und noch mit demjenigen, die glauben, die Christlichkeit in Ehrgefühl genommen zu haben. Jeder katholische Christ innerhalb der Gewerksvereine weiß, daß in dieser Hinsicht überall die größte Toleranz geübt wird und die Erfahrung hat gelehrt, daß sie sich bei uns wohler fühlen als dort, wo man das Christentum im Schilde führt.“

Das heißt also zu deutsch, die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine haben auf religiösem Gebiete nie etwas getan, was zur Klage Anlaß geben kann. Was mag sich der Mann wohl gedacht haben, als er solche Gedanken niederschrieb. Sind sie entsetzungen aus Dummheit oder Bosheit, oder sind sie auf den Gimpelgang berechnet? Bei der Hirsch-Dunderschen grundsätzlichen Grundlosigkeit ist alles möglich. Heute wollen sie ihre Fahne kirchlich eingeseignet haben und morgen trommeln sie wie Voltairre: „Verächtlich die Infame“. Damit die Deffentlichkeit aber sieht, wie die Hirsch-Dundersche Richtung in Wahrheit zur Religion steht und was Geistes Kinder diese sogenannten Brüder sind, wollen wir einige Proben aus dem Krantgarten der offiziellen Gewerkschaftspressen jervieren, die „man“ nicht mit der Bemerkung abtun kann, als seien es Entgleisungen einzelner, für welche die Organisation keine Verantwortung treffe.

Wie die religiöse Neutralität der Hirsch-Dunder einzuhängen ist, dürfte eigentlich zur Genüge bewiesen sein durch die Stellungnahme der Arbeitervereine. Diese gestatten schon seit längerer Zeit ihren Mitgliedern nicht mehr, den S. D. Gewerksvereinen anzugehören. Die Arbeitervereine haben solche Mitglieder, welche den Beschluß nicht respektierten, ausgeschlossen, und die Hirsch-Dunderschen sind mit ihren Klagen gegen den Ausschluß bei den Gerichten einfach abgedrückt; von Rechts wegen. Warum wohl? weil die innere Struktur der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine in ihrer Konsequenz zum Freidenkertum führen muß. Dafür einige Belege:

Der „Gewerksvereinsbote“, ein offizielles Hirsch-Dundersches Blatt, erblühte in Christus nicht den menschgewordenen Gottessohn, sondern einen großen Lehrer, der den Namen Nazarener führte. Bei anderen Gelegenheiten nannte das Blatt Christus einen „seltsamen Mann“ und die Altäre in den Kirchen „ausgehärtetes altes Heidentum“. Und die „Westfälische Post“, die neue Folge des Gewerksvereinsboten, meint in einem Alerartikel, es sei eine Geistesverdrängung die Frage aufzuwerfen, ob Christus gelebt hat oder nicht. Wörtlich heißt es dann:

„Denn sie ist für die vorwärtsstrebende Menschheit in Wirklichkeit überflüssig. Hat Christus wirklich gelebt, dann müssen wir ihm wegen seiner Lehre des erhabenen Menschentums als den größten aller Menschen verehren. Hat er aber nicht gelebt, so verliert das Menschheitsideal, das unter seinem Namen geht, auch nichts von seinem Werte. Würde es Christus nicht gewesen sein, dann würde eben ein anderer uns dieselbe Evangelium verkündet haben, denn die Einzelmenschen sind nur Werkzeuge der Idee, die in der Luft liegen, in dem Vorwärtsdrängen auf der Bahn der Menschheitsentwicklung.“

So ungefähr liest man's auch in der Freidenkerzeitung des sozialdemokratischen Kreises. Christus ein

Uebermensch, der — vielleicht — gelebt hat. Weiter nichts! Man kann sich denken, was für einen Sinn das Osterfest unter solchen Umständen noch haben kann; es wird das Fest des Lichtes unserer heidnischen Vorfahren und nichts mehr. So fährt denn auch das Hirsch-Dundersche Blatt konsequent fort:

„Aber wie unsere heidnischen Vorfahren mit den Feuern den Sieg des Lichtes über die Finsternis andeuten wollten, so ist auch unser Oster das Fest der Erösung, der Säuberung und des strahlenden Lichts, das die Dunkelheit verjagt, ebenso, wie die ganze christliche Religion eine Religion der befreienden Helligkeit ist. Die Künstler, die zuerst dem Christus die Gestalt gaben, wollten dies jedenfalls zum Ausdruck bringen. (aus) Und von diesem Lichte sollten auch die engherzigen und machthungrigen Pharisäer geblendet werden, die die christliche Lehre in die Zwangsjacke einer bürokratischen und formalistischen Kirche gesteckt haben, um sie für ihre bunten Zwecke auszunutzen.“

Ganz Freidenkerphrase. Was werden die katholischen Mitglieder Hirsch-Dunderscher Gewerksvereine, die sich die „Westfälische Post“ in die Hand drücken ließen, mit diesem Osterartikel angefangen haben?

Die bad.-pfälz. Volkszeitung, die den Untertitel führt: „Offizielles Verbandsblatt der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine für Baden, Hessen, Pfalz, Württemberg und Elsaß-Lothringen“ schreibt in einem Osterartikel:

„Auch die Belenner freier Gedanken, denen die Karwoche und das Osterfest an kirchlichem Inhalt weniger sagen als den gläubigen Christen, sehnen sich nach der Zubericht auf Erlösung und Auferstehung, nicht im dogmatischen Geist der Religionslehrer, und doch in ähnlichem Sinn. Versteht der Glaube den Menschen die ewige Seligkeit, so wünscht das Wissen nichts Besseres, als daß die irdischen Zustände des menschlichen Gemeinschaftslebens möglichst beglückt werden. Die wachsende Technik (!) soll uns helfen, die Widerstände der Natur zu überwinden, denen der Mensch sonst preisgegeben ist und die steigende Erkenntnis soll dahin führen, daß sich die menschlichen Schöpfungen, die Gesehe und Staatsbildmigen, vervollkommen.“

Es wäre schlimm um diese, wie wir sie nennen möchten, „natürliche Religion“ bestellt, wenn jene recht hätten, die an die Entwicklungslehre überhaupt nicht glauben oder ihr doch mindestens gebieten möchten, vor dem weissen Menschen, dem „Ebenbild Gottes“, haltzumachen. Mächtig genau sind diese Fortschrittsleugner immer noch und eifrig am Werk. Man muß sich erinnern, wie sie vor Jahr und Tag es dem Naturforscher Ladenburg verübten, daß er seine wissenschaftliche Ueberzeugung auszusprechen wagte. Ein angesehener Gelehrter, ein Universitätsprofessor, ein königlich preussischer Geheimrat, und bekant ungeschweht, was zu „bekennen“ gar nicht mehr nötig sein sollte, daß nämlich auch eine religionslose Weltanschauung berechtigt sein muß und zu den höchsten sittlichen Forderungen und Leistungen führen kann.“

Nach Hirsch-Dunderschem Sprachgebrauch sollen diese offenkundigen atheïstischen Gedankengänge nicht gegen die religiöse Neutralität verstoßen. Die Arbeitervereine waren, sind und bleiben mit vollem Recht der Ueberzeugung, daß Richtungen, die offenkundig im atheïstischen Fahrwasser segeln, für gläubige Christen nicht in Betracht kommen können; von Rechts wegen. Wie im übrigen seitens der Hirsch-Dunderschen jede Gelegenheit benutzt wird, um das Christentum herunterzusetzen, zeigt folgende Notiz aus der „Köln. Volksztg.“ (820/10):

„Der Regulator, Verbandsorgan des Hirsch-Dunderschen Metallarbeitergewerksvereins, druckt in seiner Nr. 37 einen Artikel des in Frankfurt erscheinenden freien Wort nach, der von Beschuldigungen der katholischen Kirche frogt. Die Redaktion des Blattes schickt dem Pamphlet zwar die Bemerkung voraus, sie erkläre sich nicht mit allen Einzelheiten einverstanden. Ja, warum übernimmt sie denn überhaupt einen Artikel, der folgende Sätze enthält:

„Eine neue sozialdemokratische Kirche hat sich gebildet, welche die Interessen der Arbeiterschaft nach der uns so vertretenden und ach so verhassten Methode der römisch-katholischen Kirche zu vertreten sucht, und alle Gegner eines jeden Alerikalismus, mag dieser von der Theokratie der jüdischen Hohenpriester in Jerusalem, von den Lamas im Tibet, vom Unfehlbaren in Rom oder von Karl Marx ausgehen, verhüllen ihr Haupt und wenden sich schauernd ab. Obwohl viele Prophezeiungen von Karl Marx ebenso wenig eingetroffen sind wie die Prophezeiungen Jesu über den Untergang der Welt, hält die Sozialdemokratie immer noch an ihnen fest.“

Diese Beleidigungen, die sich schließlich zu einer Verunglimpfung des Erlösers selbst verheigen, sind um so schlimmer, weil sie im Organ einer Arbeiterorganisation stehen, die vorgibt, neutral zu sein und eine Reihe katholischer Mitglieder zählt. Von einer vereinzeltigen Entgleisung kann auch nicht die Rede sein, es sind ihrer schon zu viele. Daher ist die Frage am Platze, was gedenken die katholischen Mitglieder des Gewerksvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) zu tun angesichts dieser schmachlichen Verunglimpfung ihrer Religion? Die Antwort kann nur lauten: Heraus aus dieser Organisation, tretet ein in die christlichen Gewerkschaften!“

Ganz dem freidenkerischen Charakter der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine entsprechend schreibt der „Mitte-deutsche Kurrier“, ebenfalls ein offizielles Hirsch-Dundersches Blatt, welches vom Vorsitzenden des Hirsch-Dunderschen Bauarbeiterverbandes redigiert wird:

„Wenn ich einmal der Herrgott wär, Mein erstes wäre das: Ich nähme alle Pfaffen her Und machte daraus Gas; Mit diesem Gas erleuchtet ich Das ganze Firmament. Dann wär's mit aller Finsternis Auf dieser Welt zu End!“

Allen die Krone auf jetzt aber ein Artikel: „Bringt Licht in die Köpfe“, den das Hirsch-Dundersche Fabrik- und Handarbeiter abdruckte, weil er „ein schö-

nen Kirche wird in dem „schönen Artikel“ die evangelische Kirche wie folgt heruntergerissen:

„... Derselbe wüste Zelotengeist, wie er der katholischen Kirche eigen, hat auch in der evangelischen Kirche Einzug gehalten; das Muderikum beherrscht sie. Das Muderikum, das die Welt und ihre gewaltige Humanitätsarbeit 400 Jahre zurückzuführen möchte in jene Zeit, wo man an Zauberei und andern Unsinn glaubte, wo man nicht hunderte, nein tausende katholischer wie lutherischer Weiber auf die Scheiterhaufen führte und als Ketzer verbrannte. Wer sich nicht heute noch zu den Glaubenssätzen Luthers bekennet, die dieser vor 400 Jahren als evangelische Wahrheit verkündete, der wird vom hohen Oberkirchenrat geächtet und des geistlichen Lehramts für unwürdig erklärt. Wir brauchen nur die Namen Katho und Traud zu nennen, die man ihrer „Irrlehren“ wegen aus Amt und Brot vertrieß. Kirche und Kultus, die den Menschen zu Tugend und Sittlichkeit erziehen, edle Menschheit in ihm pflegen und im Geschöpf den Schöpfer zu Ehren gebieten, genügen den modernen Glaubenswächtern nicht. Ihr habt nur auf das Apostolikum zu schwören, und das Denken euch abzugewöhnen! Das ist der Rechtspruch der Kirchensäulen von heute, die in dem Augustinermönch Dr. Martin Luther den evangelischen Papst verehren...“

„Noch hat man nur erst vereinzelt erkannt, noch fehlt den Massen die Einsicht, daß das Christentum von heute weit abgeraten ist von den Lehren seines Stifeters. Die Kirche hat es verstanden, ihre Lehre auch der Großen dieser Erde schmachhaft zu machen, wenn sie sagt: „Wer knecht ist, soll Knecht bleiben!“ Heute dürfen auch Reiche hoffen, ins Himmelreich zu kommen, ohne daß Kanäle durchs Nadelöhr gehen, wenn sie sich nur der Kirche gegenüber nicht knauserig zeigen. Es gilt also, noch viel Licht in die Köpfe zu bringen.“

„Licht in die Köpfe! Dem hellen Sinn kommt kein Feuit zu nahe; denn Nachtfalter scheuen das Licht, auch die Zeloten in der Oberkirchenrat nötigen ihm höchstens ein Lächeln ab und die Klassenkampfmanier ein Uchselzucken; aber an diesem Licht, an dieser Erleuchtung fehlt es noch allerwärts...“

Entsprechend den atheïstischen Tendenzen, welche den Hirsch-Dunderschen Mitgliedern in ihren Gewerksvereinsorganen suggeriert werden, ist ihre Geistesverfassung. So forderte der Dresdener Ortsverein in einer Versammlung am 17. Januar 1912 laut „Dresdener Nachrichten“ (Nr. 50/1912): Umgestaltung des Volksschulunterrichts im Sinne der Zwickauer Thesen. Diese Thesen wollen bekanntlich den Religionsunterricht in der Schule derart radikal umformen, daß von den spezifisch christlichen Grundwahrheiten überhaupt nichts mehr übrig bleibt.

Aus den aufgezeigten Tatsachen geht hervor, daß für einen christlichen Arbeiter die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine nicht in Frage kommen können, weil sie ihrem innersten Wesen nach freidenkerisch sind und zum Atheismus führen. Sind die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine also vom religiösen Standpunkt aus rundweg abzulehnen, so erit recht auch vom Standpunkt des wirtschaftlich vorwärtsstrebenden Arbeiters, wie die elenden Zusammenbrüche der Hirsch-Dunderschen im Elbinger und Stolberger Kampf restlos dartun.

Ein soziales Programm

pflegt der Reichstag alljährlich durch Annahme einer Reihe von Anträgen und Entschliessungen aufzustellen. Auch in diesem Jahre wurden bei der zweiten Lesung der Haushaltsrechnung für das Reichsamt des Innern eine große Anzahl von Entschliessungen sozialpolitischen Inhalts angenommen, nachdem die Redner der verschiedenen Parteien sie begründet hatten.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter betreffende Anträge bzw. Entschliessungen waren vorgelegt worden von der Fortschrittspartei, dem Zentrum und den Polen. Die diesbezüglichen Entschliessungen wurden in der Sitzung vom 22. Januar 1913 mit großer Mehrheit angenommen; ebenso die auf Errichtung eines Einigungsamts und Sicherung der Tarifverträge hinielenden Anträge. Der alle diese Materien umfassende Antrag des Zentrums, welcher angenommen wurde, lautet:

- I. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, zunächst bald Gesetzentwürfe vorzulegen, welche bezwecken:
 1. den Schug und den weiteren Ausbau des Koalitionsrechtes der Arbeiter (§ 162 G.-D.), insbesondere auch dahin, daß Vereinbarungen oder Maßnahmen zur Behinderung des Gebrauchs des Koalitionsrechtes unter Strafe gestellt werden,
 2. die Sicherung und weitere Ausgestaltung der Tarifverträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern,
 3. eine auf freierwilliger Grundlage aufgebaute Regelung der privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verhältnisse der Berufsvereine aller Art;
- II. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Reichsamt des Innern eine Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu errichten und diese mit der Zeit zu einem Reichseinigungsamt fortzubilden.

Daß eine große Mehrheit des Reichstags für ein uneingeschränktes Koalitionsrecht vorhanden ist, zeigte die am selben Tage stattgehabte Abstimmung über den Antrag Arnstadt und Genossen (konservativ), der ein Verbot des Streikpostens verlangte. Den 52 Zustimmungen standen nicht weniger als 283 „Nein“ entgegen. 5 Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten, die übrigen fehlten. Anträge bzw. Entschliessungen mit dem Verlangen auf Sicherung des Koalitionsrechtes der technischen und Privatbeamten wurden gleichfalls angenommen. Ein Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung betreffend Kodifizierung der Gewerbeordnung und Schaffung eines besonderen Arbeitsrechts fand ebenfalls die Zustimmung des Reichstags. Ein Antrag der Polen verlangte einen Gesetzentwurf betreffend das Koalitionsrecht der Landarbeiter; er wurde angenommen. Eine von den Nationalliberalen gestellte Entschliessung

Kollegen!

Die Aussperrung in Mendon dauert weiter an, ein Ende ist noch nicht abzusehen. Die Sozialdemokratie sucht durch einen systematischen Verleumdungskampfbzug die Position der Mendener Kollegen zu erschweren. Nun wir daher unsere Pflicht. Vergesse keiner den reuelmäßigen Extrarbeitsvertrag für die kämpfenden Arbeitsbrüder in Mendon.

„ein einheitliches, den Forderungen der neuzeitlichen sozialen Verhältnisse entsprechendes Privatbeamtenrecht für die kaufmännischen Angestellten“.

Der einen wirksamen Schutz der im Betriebe der Straßenbahnen beschäftigten Personen fordernden Entschließung wurde zugestimmt. Erhöhte Schutzbefreiungen wurden ferner verlangt für die Arbeiter in der Großindustrie, in der Glasindustrie, in der chemischen Industrie, in der Cellulosewarenfabrikation und im Baugewerbe. Die Forderungen auf Schaffung eines Reichsberggesetzes wurden vom Reichstag ebenfalls angenommen.

Auf dem Gebiete des Versicherungswesens wurden ebenfalls Verbesserungen verlangt. Die in dem kürzlich erschienenen Artikel „Reichssozialpolitik“ abgedruckte Resolution unserer Abgeordneten-Kollegen betreffend gewerbliche Berufskrankheiten, fand einstimmige Annahme im Reichstag. Eine vom Plenum angenommene Entschließung der Budgetkommission verbietet noch die Erwähnung; sie verlangt

„neue Berechnungen über die Belastung des Reiches und der Versicherten aus der Hinterbliebenenversorgung (Buch IV der Reichsversicherungsordnung). Bei dieser Berechnung sind die bis 1913 gemachten Erfahrungen über Häufigkeit der Rentenbewilligung, die Höhe der ersparten Beitragserlösnisse und der Erträge aus der zur Durchführung der Hinterbliebenenversorgung herbeigeführten Beitragserhöhung mit zu berücksichtigen.“

Sollte sich ergeben, daß aus der Summe, die bei Schaffung der Versicherung als Belastung des Reiches angenommen ist, und den Erträgen, die den Versicherungsträgern durch Wegfall der Beitragserstattung erspart, und aus der Erhöhung der Beiträge für die Hinterbliebenenversorgung zufließen, höhere Renten gewährt werden können, als in den §§ 1285, 1292, 1294 und 1296 der Reichsversicherungsordnung vorgesehen sind, dann dem Reichstage schleunigst eine Vorlage zugehen zu lassen, durch welche die Renten so weit erhöht werden, wie sie aus den verfügbaren Mitteln gezahlt werden können.“

Es sind hier nur ein Teil der auf die Arbeiterschaft Bezug nehmende Entschließungen zum Ausdruck gebracht. Von den auf das Handwerk, den Handel, Industrie und Landwirtschaft bezüglichen Entschließungen und Anträgen ist keine Notiz genommen. Der Forderungen sind allzu viele, als daß man sie in einem Artikel unterbringen könnte. Es wird nicht wenige geben, die den Ausführungen zustimmen, die der Abgeordnete Graf von Posadowsky am 6. Februar 1913 gemacht hat:

„Meine Herren, wir haben vor kurzem eine große Anzahl von sozialpolitischen Resolutionen beschlossen. Es waren so viele, daß ganz offen gestanden, mir manchmal zweifelhaft war, ob ich nicht die Mehrheit des Hauses für sich freiziehende Resolutionen ausgesprochen hätte. (Sehr richtig! und Heiterkeit) Ich wünschte, wir stellten einmal alle die Einzeltragen zurück, und vereinigten die ganze Kraft dieser politischen Versammlung auf eine sachliche und wirksame Besserung des Wohnungswesens innerhalb der wirtschaftlich möglichen Grenzen.“

Die Forderung auf Schaffung eines Reichswohnungs-gesetzes muß nämlich als vorläufig gescheitert angesehen werden. Das nähere darüber soll in einem folgenden Artikel zur Darstellung gelangen.

Die neue Bundesratsverordnung betreffend Einrichtung und Betrieb der Zinkhütten und Zinkergroßhütten.

Auf Grund des § 120 e der Gewerbeordnung hat der Bundesrat unterm 13. Dezember 1912 über die Einrichtung und den Betrieb der Zinkhütten und Zinkergroßhütten neue Vorschriften erlassen, die mit dem 1. Januar 1913 an die Stelle der früheren Bestimmungen getreten sind. Die neuen Bestimmungen wurden in einer am 21. Oktober in Berlin unter dem Vorsitz des Ministerialrats Dr. Kapfer abgehaltenen Konferenz, an der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie mehrere Ärzte und Gewerbetreibende teilnahmen, durchberaten. Ueber das Resultat dieser Konferenz haben wir bereits in unserer Nr. 1 von diesem Jahre berichtet. Wie die früher erlassenen Bestimmungen, so verfolgt auch die neue Verordnung den Zweck, Leben und Gesundheit der Zinkhüttenarbeiter zu schützen, insbesondere die so gefährdete Bleikrankheit nach Möglichkeit zu verhüten. Zur näheren Orientierung unserer in den Zinkhütten beschäftigten Kollegen geben wir die Bestimmungen der neuen Bundesratsverordnung nachstehend im Wortlaut wieder:

§ 1. Die Räume, in denen Zink erzmetall, kalzinieren oder geröstet wird, durch Destillation gewonnen wird, müssen geräumig, hoch und so eingerichtet sein, daß in ihnen ein ausreichender beständiger Luftwechsel stattfindet.

Sie müssen mit einem ebenen und festen Fußboden versehen sein, der eine leichte Beseitigung des Staubes durch Absaugen oder auf sonstige Weise gestattet.

Die Wände müssen, um eine Staubansammlung zu vermeiden, eine ebene Oberfläche haben; sie müssen, soweit sie nicht mit einer abwaschbaren Bekleidung oder mit einem Delarbenanstrich versehen sind, mindestens einmal jährlich mit Kalziumhydroxid frisch angestrichen werden.

Das Dachgebälk und die Klappen der Destillationsöfen sind mindestens einmal jährlich durch Absaugen oder in anderer geeigneter Weise von Staub gründlich zu reinigen.

§ 2. In den im § 1 bezeichneten Räumen muß in der Nähe der Arbeitsstellen gutes, gegen Einbringen von Staub geschütztes Trinkwasser in reichlichen Mengen für die Arbeiter derart bereitgehalten werden, daß sie es jederzeit bequem erreichen können, ohne ins Freie zu treten.

In der Nähe der Öfen sowie in den Röhren sind Einrichtungen zum Absaugen des Fußbodens anzubringen.

Der Fußboden in den im § 1 bezeichneten Räumen ist mindestens einmal täglich durch Absaugen oder feucht zu reinigen.

§ 3. Die Verkleinerung der Zinkerde darf nur in Apparaten erfolgen, die so eingerichtet sind, daß das Austreten von Staub wirksam verhindert wird.

§ 4. Die Röhren sowie die Kalzinieröfen sind mit wirksamen Abzugsvorrichtungen für die entstehenden Gase zu versehen. Es ist dafür zu sorgen, daß die Wirksamkeit der Abzugsvorrichtungen während des Ofenbetriebs nicht unterbrochen wird.

§ 5. Die zum Beschicken der Destillationsöfen bestimmten Erze dürfen zur Vermeidung der Staubbildung nur in festem Zustand vor den Öfen gelagert, mit anderem Material gemischt und in die Öfen eingeführt werden.

§ 6. Staub, Gase und Dämpfe, die den Destillationsöfen entweichen, müssen durch wirksame Einrichtungen möglichst nahe an der Austrittsstelle abgefangen und zum Hüttenraum hinausgeführt werden.

Durch geeignete Abführungsvorrichtungen muß auch das Einbringen der Feuerungsgase in den Hüttenraum vollständig verhindert werden.

§ 7. Die Räumaufzüge dürfen nicht in den Hüttenraum gezogen werden; sie muß in geschlossenen Kanälen oder Taschen unmittelbar in Wagen entleert werden, die sich unterhalb der Destillationsräume befinden.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann widerruflich und nicht über den 31. Dezember 1922 hinaus Ausnahmen von dieser Vorschrift zulassen, sofern Einrichtungen der im Abs. 1 bezeichneten Art nur durch unverhältnismäßig kostspielige Umbauten hergestellt werden können.

§ 8. Das Sieben und Verpacken der bei der Zinkdestillation gewonnenen Nebenzeugnisse (Zinkstaub, Flugstaub) darf nur in einem besonderen, von anderen Arbeitsräumen getrennten Räume ausgeführt werden, der den Vorschriften des § 1 entspricht.

Das Sieben darf nur in Apparaten vorgenommen werden, die so eingerichtet sind, daß das Austreten von Staub wirksam verhindert wird.

§ 9. Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter dürfen nicht beschäftigt werden.

- 1. bei der Bedienung der Zinkdestillationsöfen,
2. beim Entleeren der Ballons und Vorlagen,
3. beim Entleeren der Kanäle und Flugstaubkammern, die an Zinkdestillations-, Zinkergroßhütten- oder Zinkergroßhütten angeschlossen sind,
4. beim Sieben und Verpacken sowie bei der Beförderung der bei der Zinkdestillation gewonnenen Nebenzeugnisse,
5. beim Sieben von trockener Räumaufzüge und trockener Asche aus den Feuerungen,
6. beim Verladen und Abfahren der Räumaufzüge und der Asche aus den Feuerungen,
7. mit sonstigen Arbeiten, die ein Betreten der Destillationsräume erforderlich machen, insbesondere mit dem Heranschaffen des Beschickungsmaterials an die Öfen.

Die Vorschrift in Ziffer 7 findet keine Anwendung auf die Beschäftigung jugendlicher männlicher Arbeiter mit den Maurerarbeiten bei der Herstellung neuer oder der Ausbesserung alter Öfen. Diese Beschäftigung darf jedoch nur in Räumen stattfinden, in denen keine Destillationsöfen im Betriebe sind.

§ 10. Arbeiter zwischen sechzehn und achtzehn Jahren dürfen beim Verladen und Abfahren der Räumaufzüge sowie der Asche aus den Feuerungen und beim Sieben und Verpacken der bei der Zinkdestillation gewonnenen Nebenzeugnisse nicht beschäftigt werden.

Zu anderen Arbeiten in dem Destillationsbetriebe dürfen sie nur zugelassen werden, wenn durch ein Zeugnis eines von der höheren Verwaltungsbehörde dazu bevollmächtigten approbierten Arztes bescheinigt wird, daß weder ihre Gesundheit noch ihre körperliche Entwicklung zu Bedenken gegen die Beschäftigung Anlaß gibt. Die Bescheinigungen sind zu sammeln, aufzubewahren und dem Gewerbeaufsichtsbeamten sowie dem Medizinalbeamten auf Verlangen vorzulegen.

§ 11. In einem staubfreien Teile der Anlage muß für die Arbeiter ein Wasch-, Bade- und Umkleideraum und getrennt davon ein Speiseraum vorhanden sein. Diese Räume müssen möglichst in der Nähe der Arbeitsstellen liegen, sauber und staubfrei gehalten und während der kalten Jahreszeit geheizt werden.

In den Umkleideräumen müssen Einrichtungen zur Vermeidung der Arbeits- und der Straßenkleidung in ausreichender Menge und solcher Beschaffenheit vorhanden sein, daß die Straßenkleidung nicht der Gefahr der Verschmutzung ausgesetzt ist; Wasser, Seife und Handtücher sind den Arbeitern in ausreichender Menge unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Den Arbeitern ist wenigstens zweimal wöchentlich Gelegenheit zu geben, ein warmes Bad zu nehmen. Sofern nicht nach dem Urteil des Gewerbeaufsichtsbeamten bringende Rücksichten auf den Betrieb dies ausgeschlossen erscheinen lassen, ist diese Gelegenheit innerhalb der Arbeitszeit zu geben.

§ 12. Die Untersuchung und die Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Arbeiter ist einem von der höheren Verwaltungsbehörde dazu ermächtigten, dem Gewerbeaufsichtsbeamten namhaft zu machenden approbierten Arzte zu übertragen; dieser muß jeden Arbeiter vor der Einstellung untersuchen. Es dürfen nur solche Arbeiter eingestellt werden, bei denen dies der Arzt für unbedenklich erklärt. Der Arzt hat ferner die Arbeiter mindestens einmal monatlich im Betrieb aufzusuchen, bei ihnen auf Krankheitserscheinungen, insbesondere auf Anzeichen einer Bleierkrankung zu achten und solche, die ihm verdächtig erscheinen, eingehend zu untersuchen.

Auf Anordnung des Arztes sind Arbeiter, welche Krankheitserscheinungen infolge der Einwirkung des Betriebes, namentlich Zeichen von Bleivergiftung aufweisen, bis zur völligen Genesung, solche Arbeiter aber, die sich diesen Einwirkungen gegenüber besonders empfindlich erweisen, dauernd von den im § 9 Abs. 1 bezeichneten Betrieben fernzuhalten.

§ 13. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, zur Kontrolle über den Wechsel und Bestand sowie über den Gesundheitszustand der Arbeiter ein Buch zu führen oder durch einen Betriebsbeamten führen zu lassen. Er ist für die Vollständigkeit und Richtigkeit der Eintragungen, soweit sie nicht vom Arzte bewirkt werden, verantwortlich.

Dieses Kontrollbuch muß enthalten: 1. den Namen dessen, welcher das Buch führt.

- 2. den Namen des mit der Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Arbeiter beauftragten Arztes,
3. Vor- und Zunamen, Alter, Wohnort, Tag des Ein- und Austritts jedes Arbeiters sowie die Art seiner Beschäftigung,
4. das Ergebnis der Aufnahmeuntersuchung,
5. den Tag und die Art jeder Erkrankung eines Arbeiters nebst einer Angabe, ob die Erkrankung nach Ansicht des Arztes mit Blei zusammenhängt oder nicht,
6. den Tag der Heilung,
7. die Tage und Ergebnisse der im § 12 vorgeschriebenen Beschäftigung und Untersuchungen.

Statt eines Buches können — mit Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde — auch Karten benutzt werden, wenn sie alle erforderlichen Angaben enthalten und für ihre Vollständigkeit Gewähr geleistet wird.

Dem Gewerbeaufsichtsbeamten und dem Medizinalbeamten sind das Buch oder die Kartensammlung auf Verlangen jederzeit vorzulegen.

§ 14. Die Arbeiter dürfen Nahrungsmittel nicht in die Arbeitsräume mitnehmen. Das Einnehmen der Mahlzeiten ist nur außerhalb der Arbeitsräume gestattet. Die Arbeiter dürfen erst dann den Speiseraum betreten, Mahlzeiten einnehmen oder die Anlage verlassen, wenn sie zuvor Hände und Gesicht sorgfältig gewaschen haben.

Der Arbeitgeber hat die Durchführung dieser Vorschriften zu überwachen.

§ 15. Neu zu erbaute Destillationsöfen, hinsichtlich deren gemäß §§ 16 ff., 25 der Gewerbeordnung eine besondere Genehmigung erforderlich ist, müssen so angelegt werden, daß

- 1. vor ihren Beschickungsöffnungen ein lichter Raum von mindestens 6 Meter, bei Öfen, deren Beschickungsöffnungen sich gegenüberliegen, ein Freiraum von mindestens 10 Meter vorhanden ist;
2. die unter den Destillationsräumen befindlichen Gänge (Röhren) geräumig, im Scheitel mindestens 3,5 Meter hoch, hell und luftig sind.

§ 16. Falls technische Neuerungen in Zinkhüttenbetrieben es unumgänglich oder zwecklos machen sollten, die Bestimmungen in §§ 1 bis 8, 15 vollständig durchzuführen, so kann die höhere Verwaltungsbehörde widerruflich Ausnahmen zulassen, wenn sichergestellt ist, daß die Arbeiter auf andere Weise gegen Gefahren für Leben und Gesundheit mindestens ebenso geschützt sind, wie es die genannten Bestimmungen vorsehen.

§ 17. Unberührt durch die vorstehenden Bestimmungen bleibt die Befugnis der zuständigen Behörden im Wege der Verfügung für einzelne Anlagen gemäß §§ 120d, 120f der Gewerbeordnung weitere Anordnungen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter zu treffen.

§ 18. In jedem Arbeitsraume sowie in dem Umkleide- und dem Speiseraum muß eine Abschrift oder ein Abdruck dieser Bekanntmachung an einer in die Augen fallenden Stelle aushängen.

§ 19. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. Januar 1913 in Kraft und an Stelle der Bekanntmachungen vom 6. Februar 1900 (Reichs-Gesetzl. S. 32) und vom 25. November 1910 (Reichs-Gesetzl. S. 1105).

Die höhere Verwaltungsbehörde kann widerruflich gestatten, daß Arbeiterinnen, die vor dem 1. Januar 1913 mit den im § 9 Abs. 1, Ziffer 2, 3, 5 oder 7 bezeichneten Arbeiten beschäftigt waren, noch bis zum 1. Januar 1920 zu diesen Arbeiten weiter verwendet werden unter der Bedingung, daß diese Beschäftigung nur vor Beginn oder nach Beendigung des sogenannten Mannsers an den Öfen stattfinden.

Für die Zeit bis zum 1. Januar 1920 kann die höhere Verwaltungsbehörde widerruflich Ausnahmen von der im § 9 Abs. 2 Satz 2 ausgesprochenen Beschränkung zulassen.

Die auf Grund der bisherigen Bestimmungen erteilten Ausnahmen treten am 31. Dezember 1913 außer Kraft.

Berlin, den 13. Dezember 1912.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Delbrück.

Bedeutend ist, daß auch die neue Verordnung dem allgemeinen Wunsche der Arbeiter hinsichtlich einer Einschränkung der überlangen Arbeitszeit nicht entgegen gekommen ist. Die Zinkhüttenarbeiter beklagen sich seit Jahren, daß sie keinen einzigen freien Tag im Jahre haben, die Arbeiter, deren Arbeit wohl mit zu den schwersten gehört, müssen noch 12 Stunden arbeiten, die Stocher müssen bei Schichtwechsel noch 24 Stunden arbeiten etc. Das alles trägt doch sicherlich auch nicht zur Förderung und Erhaltung der Gesundheit bei. Ganz besonders aber hatten die Zinkhüttenarbeiter erwartet, daß die vom Reichstag angenommene Resolution Schädler und Genossen, welche die volle Arbeitsruhe wenigstens an den Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertagen forderte, in der neuen Bundesratsverordnung berücksichtigt worden wäre. Ueber die technische Durchführbarkeit dieser billigen Wünsche der Zinkhüttenarbeiter können doch nach den vorliegenden Erfahrungen keine Zweifel mehr bestehen. Es wäre also nur zu wünschen, daß die zuständigen Behörden von dem im § 17 in Rede stehenden Befugnis gerade im Hinblick auf die überlange Arbeitszeit und Sonntagsarbeit in den Zinkhütten umfassenden Gebrauch machen. Freilich, auch die dem christlichen Metallarbeiterverband noch fernstehenden Zinkhüttenarbeiter sollten sich endlich einmal ernstlich aufraffen und in ihrer Organisation für die Verbesserung ihrer Lage mitarbeiten. Denn, jeder Stand und Beruf erhält schließlich nur das, was er sich selbst durch einiges und geschlossenes Vorgehen erringt.

Die Durchführung der Lohnerhöhung für die Grubenhandwerker, Heizer und Maschinenisten der Grube St. Ingbert.

Der Stand der Grubenhandwerker, Maschinenisten und Heizer ist von jeher mehr oder weniger kümmerlich behandelt worden. Diese Arbeiter lieferten ja keine Kohlen, sondern man brauchte sie als eine Art notwendiges Uebel in den Nebenbetrieben. Und doch ist dieser Stand für die

Stabilität und Instandhaltung eines geordneten Betriebes äußerst wichtig. Da die moderne Technik auch den Grubenbetrieb erobert hat, findet man alle Berufe, wie Schmiede, Schlosser, Dreher, Elektriker, Installationsarbeiter, Mechaniker, Maschinisten, Heizer und Schreiner vertreten. Wir sind fernher, aber heute keine 50 Prozent der Arbeiter mehr direkt vor der Kohle beschäftigt sind. Der mangelnde Organisationsgeist ist ebenfalls mit Schuld, daß die genannte Arbeitergruppe sich bislang so wenig Geltung verschaffen konnte. Der christliche Metallarbeiterverband hat sich deshalb ganz besonders dieser Kollegen angenommen. Er hat durch Petitionen, Denkschriften, Materiallieferungen an Abgeordnete, welche bereit waren, im Parlament für die Wünsche dieser Kollegen einzutreten und durch Kritik in der Presse und in Versammlungen die Interessen der Zechenmetallarbeiter mit Erfolg wahrzunehmen. Jeder aber hat ein Teil der Arbeiter durch Querkreuzvereine manchen, denen die Organisation ein Dorn im Auge ist, willkommenen Dienste geleistet. Erbsalbe hat der christliche Metallarbeiterverband unentwegt weiter gearbeitet.

Im Frühjahr 1912 wurde erneut eine wohlgegründete Petition an die bayerische Staatsregierung und an die Kammer der Abgeordneten gefandt, um der Willkür einzelner Beamten (Oberwerkmeister und bergleichen) in der Lohnfrage Schranken zu setzen. Dem „Siebkindsystem“ und der Wettbewerbswirtschaft wurde eine Lohnskala gegenübergestellt, die eine gerechtere Entlohnung aller Arbeiter garantierte. Gleichfalls enthielt die Petition sehr berechtigte Wünsche bezüglich der Arbeitszeit. Abgeordnete der verschiedenen bürgerlichen Parteien wurden mit ausreichendem Material zur Begründung der Forderungen versehen. Es soll anerkannt werden, daß die Abgeordneten, welche von den einzelnen Fraktionen mit der Vertretung der Petition betraut wurden, sie in der Kommission wie auch im Plenum mit Nachdruck vertreten haben und die Mißstände, welche auf der Grube St. Ingbert bestehen, scharf geißelten.

Der Erfolg der Petition war, daß die Kammer der Abgeordneten und die Reichsratskammer eine Lohnaufbesserung von 20 Pfg. ab 1. Januar 1913 bewilligten und eine entsprechende Summe mehr in den Etat einstellten. Weshalb geht auch noch Organisationsbeiträge zahlen? denken verschiedene Kollegen. Sie ließen sich durch ihren Oberwerkmeister gegenständig verheben und von der Organisation abhängen. Heute, nachdem man bei der Durchführung der Lohnerhöhung Schwierigkeiten macht, sind gerade diese die radikalsten Schreier, welche denjenigen Leuten die Schuld geben an der sonderbaren Durchführung, auf deren Forderungen sie damals hörten. Wenn man sich die Tatsache vergegenwärtigt, daß in anderen Bezirken, so in Amberg, die versprochene Lohnerhöhung gleichmäßig für alle Arbeiter glatt durchgeführt wurde, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß die Kollegen recht haben, welche den maßgebenden Beamten der Grube St. Ingbert die Schuld an der mangelhaften Durchführung der Lohnerhöhung beimessen. Aber diese Kollegen sind selbst mitschuldig, weil sie diesen Leuten in die Hände gearbeitet haben. Wären sie auf dem Posten gewesen, hätte man eine solche Regelung gar nicht gewagt. Man hätte dann auch das „Siebkindsystem“, das bei gleichem Alter und gleicher Leistung Lohnunterschiede von 20 bis 30 Mark pro Monat mit sich bringt, nicht in dieser Weise weiter bestehen lassen. Auch die Auslassungen des Oberwerkmeisters D. bezüglich des Wohnungshauses wirtschaftlich Bessergestellten würden unterbleiben. Während, wie schon erwähnt, in anderen Bezirken, alle Arbeiter um 20 Pfg. angehoben wurden, hat man hier in St. Ingbert folgendes beliebt:

Alle im Schichtlohn beschäftigten Arbeiter werden um 20 Pfg. aufgehoben. Ausgeschlossen sind jedoch die Arbeiter, welche im Gehinge beschäftigt sind. Dem Arbeiterauschuss erklärte der Bergwart, das Gehinge wird für die Werkstättenarbeiter nicht erhöht. Die Begründung macht man sich einfach wie folgt: Die Durchschnittslöhne sind im Jahre 1912 um 13 Pfg. gestiegen, ergo brauchen sie im Jahre 1913 nur mehr um 7 Pfg. zu steigen.

Daß diese Regelung berechtigten Mißmut unter den betreffenden Arbeitern hervorgerufen hat, ist selbstverständlich. Hat doch die Abgeordneten- und die Reichsratskammer die 20 Pfg. Lohnerhöhung für alle Arbeiter ausgetroffen, ganz gleich, ob dieselben im Gehinge oder Schichtlohn arbeiten. Warum wird in anderen Bezirken im Sinne des Beschlußes verfahren und hier in St. Ingbert nicht? Warum sind nur die Handwerker, die im Accord arbeiten, von der Lohnerhöhung ausgeschlossen, während sie für die im Gehinge beschäftigten Bergarbeiter durch Erhöhung des Gehinges gemährt wird? Die Löhne der Handwerker sind doch nicht denart hoch, als das sie diese Aufbesserung nicht vertragen könnten. Es würde im Interesse, wie im Ansehen der Bergbehörde liegen, wenn sie baldigt das Versäumte nachholte. Glaube man ja nicht, durch eine solche Regelung die Arbeiter befriedigt zu haben, wenn wir auch gerne anerkennen, daß die Schichtlöhner am dringendsten der Aufbesserung bedürften. Es ließe sich wohl ermöglichen, allen Arbeitern die Lohnerhöhung zu gewähren, bei etwas gutem Willen. Hat man doch bereits im Dezember die Kohlenpreise um 8-14 Pfg. pro Zentner steigen lassen. Bemerkten möchten wir noch, daß Bergwart Fenschler vor 14 Monaten im hiesigen Stadtrat bezüglich der Festsetzung der Löhne für städtische Handwerker und Maschinisten eine ganz andere Stellung eingenommen hat. Und mit anderen Sachen geht man doch hier gar nicht so iparsum um.

An den Zechenmetallarbeitern von St. Ingbert selbst liegt es nun, durch Ausbau der Organisation den Beweis zu erbringen, daß es ihnen ernst ist mit der Verbesserung ihrer Lage. Mit Rabulismus und Worthübereien ist's nicht getan. Nur planmäßige, positive, gewerkschaftliche Arbeit wird uns vorwärts bringen. Wer also vorwärts will, der schreie sich an die organisierten Kollegen im christlichen Metallarbeiterverband an. Die Durchführung des aufgestellten Reformprogrammes erfordert unsere ganze Kraft. Reicht die Kraft des einzelnen gebrochen, vereinte Kräfte kann man niemals unterjochen!

Die Arbeitsverhältnisse in der Großhüttenindustrie

wurden bekanntlich im Deutschen Reichstage bei der Etatsberatung zur Sprache gebracht. Der Abgeordnete Kollege Giesberts wies bei Beratung des Titels „Gesundheitsamt“ nach, daß die hohen Unfall- und Krankheitsziffern in dieser Industrie eine Folge der überlangen Arbeitszeit seien. Die lange Arbeitszeit führt in Verbindung mit der Tag- und Nachtarbeit, den vielen

Ueberstunden und der Sonntagsarbeit auf die Dauer die kräftigsten Menschen. Deswegen müsse die Regierung einen besseren Hüttenarbeiterschutz schaffen. Wenn sie in kleineren und wertiger kapitalkräftigen Gewerben zwingende Vorschriften über die Arbeitszeit erlasse, dann müsse dieses auch für die kapitalkräftige, gut prosperierende und große Gewinne abwerfende Großhüttenindustrie ebenfalls möglich sein.

Die wirklichen Darlegungen haben, wie bei dem Scharfmarckstandpunkt der Unternehmerorganisationen voranzufehen war, nicht den Beifall des Organs der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände gefunden. Die folgenden Ausführungen im „Arbeitgeber“ (Nr. 5/1913) verdeuten aber doch eine energische Bekämpfung, weil sie eine Zurechtweisung der Öffentlichkeit darstellen. Das Blatt schreibt unter anderem: „(Er Giesberts) geht dabei von dem Satz aus, Von den 178 000 Walz- und Hüttenarbeitern Deutschlands arbeiten 53% in Wechsel- und Schichtarbeit. Mit diesem Satz treibt Giesberts die Zurechtweisung auf die Spitze. Oder weiß der Vertreter eines rheinisch-westfälischen Industrie- und Handelsvereins nicht, daß nur die Hüttenarbeiter, also nur ein kleiner Teil der Hüttenarbeiter, Wechsel- und Schichtarbeit verrichten? Ist es diesem Reichstagsabgeordneten, der in persönlicher Führung mit einem Vertrauensmann des christlichen Metallarbeiterverbandes steht, nicht bekannt, daß Walzwerksarbeiter überhaupt keine Wechsel- und Schichtarbeit verrichten?“

Diese Ausführungen des „Arbeitgeber“ sind in der Tat eine Zurechtweisung. Vom Organ der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände kann man verlangen, daß es weiß, was Wechsel- und Schichtarbeit sind. Wer die feuerpeinenden Umgebinde der schweren Industrie nur von außen kennt, weiß schon, daß unter „Wechsel- und Schichtarbeit“ nichts anderes zu verstehen ist, wie abwechselnde Tag- und Nachtarbeit. Solche ist aber nicht nur anzutreffen in den Hüttenwerken, sondern in allen Zweigen der schweren Industrie. Weit über die Hälfte, stellenweise zwei Drittel der Belegschaft arbeiten in zwölfstündigen Schichten, die eine Woche am Tage und die andere Woche in der Nacht, und so geht es fort, jährlich, jahraus. Die Hüttenarbeiter haben alle 14 Tage noch eine 24stündige Sonntagsdienst zu leisten. Ein ausgedehntes Ueberstundenwesen tritt zu dieser langen und aufreibenden Arbeitszeit noch hinzu. Von der Gesamtbelegschaft der Großhüttenindustrie des Reiches sind 40,1% im Jahre 1909, 40,1%, 1910 44,2% und 1911 47,2%. Im Jahre 1911 sind 21,2 Millionen Ueberstunden geleistet worden. Gegen das Vorjahr ist eine Zunahme von 2,16 Millionen Stunden oder 11,34% zu verzeichnen. Am stärksten mit Ueberstundenarbeit belastet ist die Belegschaft der Thomas- und Bessemerstahlwerke; 1911 mußten 69% von ihr Ueberstunden leisten. Diesen folgen die Martinstahlwerke mit 51,8% und die gemischten Werke mit 51,3%. Die höchsten Ueberstundenziffern entfallen mit 300 Stunden auf die an der durchschnittlichen Ueberstundenarbeit Beteiligten in den Hüttenwerken. Ihnen folgen die gemischten Werke mit 237, die Tiegelstahlwerke mit 225 und die Hammer- und Preßwerke mit 209 Ueberstunden.

Daraus folgt unzweifelhaft, daß die Arbeitszeitverkürzung in der Großhüttenindustrie eine Kulturforderung allerersten Ranges ist. Es geht nicht an, daß die Arbeiterschaft dieser gut florierenden Industrie schuldlos dem frühzeitigen gesundheitlichen Ruin preisgegeben wird, indem man tatenlos zusieht, wie ihr neben der aufreibenden Arbeit auch die längste Arbeitszeit aufgebürdet wird. Die Unternehmerorganisationen haben, wie die gezeichneten Auslassungen des Organs der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände beweisen, kein Verständnis für diese Kulturforderung. Die Regierung hat also allen Anlaß, im Interesse des Allgemeinwohls die Initiative ergreifen zu einem besseren Hüttenarbeiterschutz. Und auch die Hüttenarbeiter selbst sollten sich mehr wie bisher durch eifrige Betätigung im christlichen Metallarbeiterverband dazu beitragen, daß ihre berechtigten Forderungen möglichst bald der Verwirklichung entgegengeführt werden.

Allgemeine Rundschau.

Der Sieb- und Dunderische Regulator

macht die kramphäufigsten Anstrengungen, den Stolberger Verrat zu überführen. In seiner großen Not greift das Blatt (Nr. 10/1913) auf die Saarbergarbeiterbewegung zurück, und versucht gleich in zwei Notizen, die christlichen Gewerkschaften zu verächtigen. Diese Mühe ist umsonst. Es steht fest und kann durch keinerlei Mandat wadigspuliert werden, daß die Sieb- und Dunderischen in Stolberg schon nach einigen, wenigen Tagen schamhaftig zusammengedrückt sind ebenso wie im vergangenen Jahre in Elbing. Demgegenüber haben die christlichen Metallarbeiter bis zum letzten Augenblick Solidarität geübt und ihren Mann gestanden. Diese Tatsache wird jedem denkenden Metallarbeiter die Augen öffnen und ihn zum christlichen Metallarbeiterverband führen.

Das Ende der Hoffmeister-Prozesse gegen den „Deutschen Metallarbeiter“.

Drei Beleidigungsklagen hatte der Genosse Hoffmeister-Verlohn gegen den Redakteur unseres Verbandsorgans angestrengt, weil er sich durch drei Artikel, in denen sein Verhalten gegen die kämpfenden Kollegen in Menden gebührend gekennzeichnet worden war, schwer beleidigt fühlte. Ueber den Ausgang des ersten Prozesses sind unsere Kollegen bereits orientiert. Hoffmeister nahm, nachdem er sich zuvor seinen Ausspruch, die roten Verbändler zum Streikbruch anzuweisen zu wollen, vor Gericht hatte bestätigen lassen, die Klage zurück.

Am 20. Februar stand nun in Duisburg vor dem Schöffengericht Termin in der zweiten Klage. Hoffmeister fühlte sich durch einen in Nr. 42/1912 veröffentlichten Artikel aus Menden beleidigt. Der Gerichtsvorsitzende gab ihm gleich den Rat, es mit dieser Klage zu machen wie mit der ersten. Warum er denn noch, nachdem er schon eine Klage in derselben Sache zurückgezogen, das Gericht weiter mit einer Angelegenheit bebellige, in der doch keine Partei von ihrer Ansicht abzubringen sei. Der Vorsitzende machte dann den Vorsitz auch die dritte Klage gleich mit zu erledigen. Es handelt sich um den Artikel in Nr. 45/1912. Unser Redakteur hatte in diesem Falle gegen Hoffmeister Widerklage erhoben, wegen eines von letzterem herausgegebenen Flugblattes, daß sich in den klogischen Beschimpfungen der christlichen Führer erging. 2 Stunden lang wurde man hin und her verhandelt. Der Gerichtsvorsitzende bemühte sich, einen Vergleich zustande zu bringen. Während unser Redakteur betonte, kein Interesse an einem Vergleich zu haben, da er für die ganzen justizlichen Beschuldigungen des Klägers den Wahrheitsbeweis erbringen könne, war die Gegenpartei sichtlich bemüht, durch Unter-

stützung des Vergleichsvorschlages einigermaßen glimpflich aus der Affaire herauszukommen.

Schließlich kam der Vergleich zustande in der Form, wie er auf der letzten Seite der vorliegenden Nr. veröffentlicht ist. Der sachliche Inhalt der Artikel gegen Hoffmeister bleibt voll und ganz aufrecht erhalten, nur Wendungen, in denen das Gericht eine formelle Beleidigung erblickte, wie: „Europäin-Strategie“ etc. wurden unsererseits durch den Vergleich zurückgenommen. Den Vorschlag des Anwalts des Genossen Hoffmeister, statt „formellen Beleidigungen“, „persönliche Beleidigungen“ zu schreiben, lehnte unser Redakteur aus diesem Grunde auch strikte ab.

So endete also der Prozeßfeldzug Hoffmeisters wie das Honnberger Schicksal. Das einzige, was er erreicht, ist, daß die Frage seines „strategischen“ Talentes eine offene Frage bleibt, die jeder nach seinem subjektiven Ermessen beantworten kann. Dafür aber hat Hoffmeister nun außer seinem Anteil an den minimalen gerichtlichen Kosten noch die sehr erheblichen außergerichtlichen für seinen Anwalt, die Reisen nach Duisburg etc. zu bestehen. Auf den schlaunen Vorschlag des Anwaltes, wir möchten doch die paar Mark gerichtlicher Kosten ganz übernehmen, da sein Klient doch sehr beträchtliche außergerichtliche Kosten habe, konnten wir uns trotz unserer Gutmütigkeit nicht einlassen; denn, wie der Ausgang der Prozesse beweist, hätte Herr Hoffmeister gar nicht nötig, sich die „beträchtlichen Kosten“ auf den Hals zu laden — die Erklärung, sich in Zukunft persönlicher Angriffe auf christliche Führer in seinen Flugblättern zu enthalten, hätte er ja kostenlos abgeben können.

„... aber wie mogeln, wo wir mogeln können.“

Nach diesem vom Genossen Dr. Quark formulierten roten Moralgrundsatz handeln noch fortgesetzt gewisse rote Führer in ihrer maßlos verleumderischen Hege gegen unsere Organisation. Zug um Zug haben wir bisher die Schwimdbelien, Fälschungen und Streikbruchkonstruktionen der roten Macher entlarvt. Trotzdem versucht diese Gesellschaft, die Wahrheit in der schamlosesten Weise immer aufs neue wieder zu frangulieren. So berichteten wir in unserer vorigen Nummer, daß die Genossen bei der Firma Schneider in Feuerbach in den Streik traten, um die Entlassung des christlichen Vertrauensmannes Ulmer zu erzwingen. Die rote „Stuttgarter Tagwacht“ und die „Metallarbeiterzeitung“ scheuen sich nun nicht, die Sache ihren Gläubigen so darzustellen, als wenn Ulmer die Genossen so beleidigt habe, daß, um sich dieser Beleidigungen zu erwehren, 36 (sechszunddreißig) sozialdemokratisch organisierte Metallarbeiter gezwungen gewesen seien, die Arbeit plötzlich niederzulegen. Also 36 Genossen sollen vor einem einzigen christlichen Arbeiter das Fasenpanier ergriffen haben! Wer lacht da nicht?

Wie es mit der „Blühlichkeit“ der Arbeitsniederlegung der Genossen aussieht, zeigt allein der Umstand, daß vorher in mehreren Versammlungen Mittel und Wege besprochen wurden, wie man den christlich organisierten Arbeiter aus dem Betriebe hinaus drücken könne und man schließlich zu diesem Zwecke noch die Unterschriften der rot organisierten sammelte. Ein Teil der in Frage kommenden Genossen kannten den christlichen Arbeiter nicht einmal, sie wurden nach ihrer eigenen Aussage einfach von den Machern der Sache überbrummt. Und bei dieser Sachlage mag es das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes noch, von einer „plötzlichen Arbeitsniederlegung“ zu reden und — das terroristische Gebahren der Feuerbacher Genossen zu verteidigen und zu rechtfertigen. Bei dieser Haltung des sozialdemokratischen Organs braucht man sich wirklich über die Häufigkeit herartiger terroristischer Fälschungen durch Metallgenossen nicht mehr zu wundern. Die christlich und national gesinnten Metallarbeiter aber mögen ihrerseits daraus ersehen, wessen sie sich von gewalttätigen roten Fanatikern zu versehen haben, wenn sie es verkümmern, ihre Organisation durch Beitritt und eifrige Mitarbeit zu stärken. — Im übrigen haben die roten Terroristen in Feuerbach inzwischen wieder demütig um ihre Einstellung gebeten, weil sie sahen, daß die Firma es ablehnte, sich zum sozialdemokratischen Handlanger herabwürdigen zu lassen.

In einem weiteren Artikel mit der Ueberschrift „Christlicher und Teufel im Bunde“, sucht das Blatt der Metallgenossen die Tatsache zu bekämpfen, daß während des Streiks in der „Sanitaria“ in Ludwigsburg Frauen streikender Genossen Heimarbeit für die Firma machten. Das Bekanntwerden dieser Tatsache wirkte nämlich auf die Genossen wie Keulenschläge. Die Firma selbst hat die Tatsache schriftlich bestätigt. Das rote Metallarbeiterorgan sucht jetzt seine aufgestellten Anhänger mit der Lebensart zu beruhigen, daß „einer solchen „Erklärung“ der Firma nicht viel Glauben beizumessen“ sei. Da uns inzwischen die bestimmten Angaben der Firma von anderer Seite noch bestätigt wurden, wird uns die Metallarbeiterzeitung schon gestatten, daß wir ihre Ablegungsversuche als „Versuche zur Zurechtweisung der eigenen Genossen“ bezeichnen. Inwiefern diese sich das bieten lassen wollen, haben wir nicht zu entscheiden. In Ludwigsburg scheint ja nach der Beendigung des Sanitaria-Streiks so etwas wie Enttächtung unter den Metallgenossen einzukehren; nach dem Bericht der „Schwab. Tagwacht“ haben von den 80 auf der Sanitaria Streikenden kaum noch 10 Prozent die Generalversammlung des Partells besucht. Es zeugt auch wohl kaum von Einverständnis mit der verlogenen und gehässigen Kampfesweise der roten Führer, wenn jetzt grade in Ludwigsburg eine starke Flucht der Arbeiter aus dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande eingeleitet hat. Hoffentlich bricht sich unter den Metallarbeitern die Einsicht weiter Bahn, daß sie ihre eigenen Interessen mit Fug und Recht vertreten, wenn sie noch länger im sozialdemokratischen Lager jenen Führern nachlaufen, die ihre Hauptaufgabe in der Verleumdung und Bekämpfung anberzogenen, organisierter Arbeiter erblicken, denen es ernstlich um die Hebung der wirtschaftlichen Lage ihres Standes zu tun ist.

Eine vorurteilslose Würdigung der christlichen Gewerkschaften durch ein Unternehmerorgan.

Der nun schon monatelang sich hinziehende Kampf in Menden, sowie verschiedene andere Wirtschaftskämpfe der letzten Zeit (z. B. Revelaer) haben das Verhältnis zwischen christlichen Gewerkschaften und Unternehmern erneut in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Die Scharf-macherfreie geben sich alle Mühe, die christlichen Arbeiter, die mit Nachdruck eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erstreben, mit den Klassenkämpfern und Umstürzleru in einen Topf zu werfen. Denjenigen Unternehmern, die sich bisher

über die christliche Gewerkschaftsbewegung von dieser Seite „informieren“ liegen und ihr mit Misträuen oder als offene Gegner gegenüberstehen, kann ein Ausfall in der Unternehmerrachzeitung „Die Tabakwelt“ Nr. 45 vom 10. Nov. 1912 zum Studium und zur Beherzigung bringen empfohlen werden. Der Artikel trägt die Überschrift: Der christliche Gewerkschaftsgedanke, knüpft an den Dresdener Kongress an und erkennt die Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung für das deutsche Wirtschaftsleben und nationale Volksbewußtsein unumwunden an:

„Was könnte engherziger und kurzfristiger sein, als eine große geistige Bewegung, die sich heute der steigenden Flut der sozialdemokratischen Weltanschauung entgegenstemmt, ausschließlich unter dem engen Gesichtspunkt der — Streikfrage zu betrachten! Wahrscheinlich, es wäre traurig um unsere Industrien und unsere Arbeiterschaft bestellt, wenn sie sich durch solche Anschauungen dazu verleiten ließen, sich feindselig oder auch nur gleichgültig zu einer Bewegung zu verhalten, die sich, wenn nicht als einzige, doch sicher als die wichtigste erweisen mag, ... entgegen den zerstörenden Einwirkungen der freigerwerblichen Agitation, einen großen Teil unseres Arbeiterstandes auf dem Boden unserer Welt- und Wirtschaftsanschauung, auf dem Boden auch eines nationalen Volksbewußtseins zu erhalten.“

In Dresden sei widerspruchlos auf das Verantwortlichkeitsbewußtsein der Arbeiter, auf eine grundsätzliche Interessengemeinschaft von Arbeitern und Unternehmern hingewiesen worden. Einer Arbeiterbewegung mit solchem Programm

„haben unsere Regierungen, hat aber auch das Unternehmertum wahrlich alle Veranlassung, Interesse und Sympathie entgegen zu bringen. Und daran kann der Umstand nichts ändern, daß auch die christlichen Gewerkschaften mit vollem Nachdruck den Kampf um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen aufgenommen haben. Suchen sie doch, wie man zu geben wird, den Streit nicht um des Streites willen, nicht als ein Mittel zur Aufhebung der Massen und zur Verschärfung der Klassengegensätze. Und selbst wenn man, vielleicht nicht mit Unrecht, der Meinung ist, daß sie sich in der Führung von Lohnkämpfen oft nicht allzu sehr von den sozialdemokratischen Organisationen unterscheiden, so ist doch nicht zu verkennen, daß auch hierbei ihre ganze Zielrichtung in der Erreichung befriedigender Verhältnisse, nicht aber in einem Untergraben der Grundlagen unseres nationalen Kultur- und Wirtschaftslebens liegt.“

Es könne auch nicht geleugnet werden, daß bei der fortschreitenden Verteuerung aller Lebensbedingungen die Interessen der auf ihrer Hände Arbeit Angewiesenen einer wirksamen Vertretung dringend bedürften. Dem ständen auch keine Unternehmerinteressen entgegen; die Arbeitermassen können doch nicht allein als „Hände“, sondern auch als Verbraucher in Frage, deren Konsumfähigkeit von größter Tragweite sei. Deshalb sei es auch falsch, „daß Kämpfe zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft schließlich als Klassenkämpfe des Proletariats gegen das Unternehmertum betrachtet werden dürften. Sie sind zu großen Teil Kämpfe um gesunde soziale und wirtschaftliche Zustände, die keineswegs allein im einseitigen Interesse der Arbeiterschaft, sondern in ihrer Rückwirkung auf die Verbrauchsfähigkeit der unteren Volksschichten auch im Interesse der Industrien und des Unternehmertums liegen.“

Wenn sich solche vernünftigen, sozial weitblickenden Anschauungen in weiteren Unternehmerrreisen Bahn brechen wollten, dann würden die wirtschaftlichen Kämpfe, wenn auch nicht ganz verschwinden, so aber doch viel von ihrer Schärfe verlieren.

Dem Lebenswert Adolf Stöckers

Auf das „Zentralblatt“ (Nr. 3, 4 und 5, 1913) an Hand der von Derksen'schen Biographie eine Artikelserie geschriebener, worin die Nachwirkungen der Lebensarbeit Stöckers auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung in den Vordergrund gerückt werden. In den Schlussbemerkungen der Lebenswertens-Handlung wird auf das Leitmotiv hingewiesen, das, antugend und richtunggebend, im Mittelpunkt von Stöckers Leben stand, und das er einmal selbst mit den Worten: unterzeichnet:

„Es handelt sich nur darum, ob die im Anzug befindliche soziale Weltanschauung christlich oder widerchristlich, königstreu und vaterlandsliebend oder revolutionär und unpartriotsch sein wird.“

„Hier sehen wir unmittelbar ihm selbst und seinem Werk Auge in Auge gegenüber,“ schreibt das „Zentralblatt“ weiter. „Und wenn es heute eine christlich-nationale Arbeiterbewegung gibt, die, nach dem Zeugnis von Freund und Gegner, ein Faktor in unserem ganzen gesellschaftlichen Leben geworden ist, dann liegt in dieser Tatsache der beste Beweis dafür, daß Stöcker sich nicht bloß für sich die oben beschriebene Ueberzeugung erarbeitet hat, sondern daß er sie wie eine Fadel ins Leben hinausgetragen und Massen vorantgetrieben hat, die nach Licht im dunkeln, ungewissen Werdegang einer neuen Zeit rangen. ... So wird er unter uns fortleben und überall, wo der fruchtbare christlich-soziale Stamm neue Zweige und Reizer treibt, wird ein dankbares Andenken den großen Bahnbrecher christlicher Sozialreform ehren! ... Er muß und soll in unserem Willen weiterleben und das kann in seinem Sinne nur geschehen, wenn wir neuen Erkenntnissen und neuen Aufgaben die Form unseres Wirkens anpassen.“

Sozialdemokraten als Arbeitgeber.

Auf die Mitteilung, daß die sozialdemokratische Genossenschafts-Zigarettenfabrik in Stuttgart den vom sozialdemokratischen Tabakarbeiterverband vorgelegten Tarifvertrag abgelehnt habe und dieser die Firma daher aus dem Bezugsquellenverzeichnis tarifreuer Firmen gestrichen habe, bringt die „Schwäbische Tagwacht“ in Nr. 49 eine Erwiderung, die den Vorgang vollständig bestritt. Nur möchte das rote Blatt das Ereignis als ein Zeichen für die Zukunft des Sozialismus betrachten, damit die gläubigen Genossen nicht mehr Nar sein. Zu diesem Zweck wird einleitend bemerkt, es handle sich um unbedeutende Interessen. Weil das aber niemand glaubt, folgt dann eine Belehrung darüber, daß ein sozialdemokratischer Betrieb eigentlich keiner sein kann, weil ihn die kapitalistische Wirtschaftsordnung daran hindert. Die Genossenschaft könne ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht willkürlich bestimmen, sie hänge ab von der kapitalistischen Konkurrenz. Der Gegensatz zwischen den Verkäufern der Ware Arbeitskraft und den Käufern bestehe auch in der Genossenschaft. Innerhalb der kapitalistischen Wüste könne keine sozialistische Oase errichtet werden.

Diese Ausführungen sind ein verzweifelter Verlegenheitsgammel und eine Bankrotterklärung sozialistischer Zukunftsverheißungen. Wie „unbedeutend“ übrigens die Differenzen sind, gesteht die Tagwacht am Schlusse ihres Artikels selbst ein durch die Mitteilung, daß die Vertreter der Ber. Gewerkschaften ihre Ämter im Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft niedergelegt haben. Dieser Vorgang zeigt wohl am besten, was von den roten Verteidigungsversuchen zu halten ist. Wäre es zutreffend, daß die Genossenschaft aus Konkurrenzgründen den Tarif ablehnen mußte, dann wäre doch wohl dieser Austritt nicht erfolgt und der rote Tabakarbeiterverband hätte sicher den Boykott nicht verhängt, demzufolge kein wakter Kämpfer mehr rote Genossenschafts-Zigaretten rauchen darf, wohl aber kapitalistische, die von tarifreuen Firmen hergestellt sind. Die Genossen werden also ihren Bedarf jetzt wieder in der „kapitalistischen Wüste“ decken, in der sich tarifreue Firmen befinden, während die sozialistische „Oase“ nach Scharnacherart einen Tarifvertrag ablehnt. Und zwar nach der Tagwacht nur ablehnt, weil man sich über die Dauer des Vertrags nicht einigen konnte. So sorgen die Genossen selbst dafür, daß allmählich der gutgläubigste Arbeiter entsehten muß, wie übel es mit den Aussichten eines Zukunftsstaates bestellt sein muß, wenn die Sozialdemokraten nicht einmal kleine Betriebe so leiten können, daß die eigenen Parteigenossen zufrieden gestellt werden.

Anfeinden in wirtschafts-friedlichen Wertvereinen

Dem Krupp'schen gelben Werkverein in Essen gehören sehr viele Beamte an, die dem Verein auch ihren Stempel aufdrücken. Ein Beamter des Krupp'schen Direktoriums namens Halbbach ist von der Werkleitung bekanntlich zum eigentlichen Leiter des gelben Vereins eingesetzt worden. Allmählich aber ist den Beamten die Mitgliedschaft in dem Arbeiterverein als nicht ganz standesgemäß erschienen; sie haben sich jetzt als besondere Gruppe von dem gelben Arbeiterverein abgesondert. Dabei ist es zu einem großen Unfrieden unter den Krupp'schen Wirtschaftsfriedlichen gekommen. In einer von den Beamten einberufenen Sonderversammlung am 28. Februar plägierten die destruktiven Geister heftig aufeinander. Der bisherige Vorsitzende der Beamtengruppe, ein Oberaustreicher Geschwinder, wurde gestürzt. Scharie, sehr scharfe Töne fand man gegen ihn. Herr Halbbach nahm ihn in Schutz und belegte den Angreifer, Herrn Schwann, mit den schärfsten Ausdrücken. Er warf ihm sogar vor, wissenschaftlich die Unwahrheit gesagt zu haben. Dafür wurde der Obergebe Halbbach von dem inzwischen neugewählten Vorsitzenden, Herrn Triemann, zurechtgewiesen. Hornbündend legab sich der so zurechtgewiesene „eheliche Masler“ auf seinen Platz.

Zu Anfang rief ein Teilnehmer „Witrowahl“ in die Versammlung hinein. Da sprach Herr Heß, der nominelle Vorsitzende der Krupp'schen Gelben, auf und rief: „Wie kann in solch unsinniger Weise Witrowahl verlangt werden? Die Leitung hat der Vorstand, das ist doch selbstverständlich. Die Beamtengruppe gehört zum Werkverein. Merken Sie sich das, meine Herren!“ Herr Heß mußte späterhin mehrmals vom Vorsitzenden zur Mäßigung aufgefordert werden. Schließlich, nachdem er noch einen beleidigenden Zwischenruf hatte zurechtnehmen müssen, küßte er, in die Versammlung hinein schreiend: „Ich danke Ihnen für den Zutritt, den Sie dem Werkverein verschafft haben, aus dem Saal. Was Herr Heß, der in der Schichtkontrolle immer noch als Mitarbeiter geführt wird, in der Beamtenversammlung zu tun hatte, war den Beamten ein Rätsel. Die Pfui- und Kauzerei, die ihn begleiteten, werden ihm wohl „angenehm“ in den Ohren geklungen haben.

Solche Vorgänge wie diese Palastrevolution im Krupp'schen gelben Verein sind für den Kenner der Strömungen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung nicht verwunderlich. Rein äußerlich betrachtet ist es schon ein Ding der Unmöglichkeit, Beamte und Arbeiter in einem Verein zu sammeln, der angeblich als Ersatz für die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter gelten soll. Die Arbeiter werden, wenn ihre Berufs- und Standesehre noch nicht ganz erlötet ist, sich als sinnlos ab am Tagen, als die Genesfähriten und Bettogenen fühlen, wenn in ihrem sogenannten „Arbeiter“-Verein Werksbeamte in höherem Auftrag die Leitung in Händen haben.

Am diesem Widerspruch ist auch der Trieb bei den Krupp'schen Gelben geschleiert, das ist die unheilbare Krankheit der gelben Bewegung überhaupt. Angeblich wollen die gelben Wertvereine Arbeiter-Interessenvertretungen. Ihr ganzes Dasein ist eine große Unwahrheit, an der nur das eine Verhinderung erregt muß, daß sie so viele Gläubige finden konnte. Die meisten der gelben Mitglieder sind allerdings nicht durch innere Ueberzeugung, sondern durch äußeren Druck oder mangelnde Willensstärke zur gelben Fahne gekommen, die sie, wenn nicht Furcht vor Schädigung sie abhielt, lieber heute wie morgen wieder verlassen würden.

Gelb - rot.

Bei verschiedenen Wahlen, u. a. in Essen und Augsburg, konnte zahlenmäßig nachgewiesen werden, daß Mitglieder der „nationalen“ gelben Wertvereine zahlreich sozialdemokratisch gewählt haben. Daher der Spitzname Blutaufhellern: außen gelb, innen rot. Dieses Verhalten gelber Vereinsmitglieder ist nicht weiter verwunderlich, wenn man das Verhalten gelber Wortführer und die Erziehungsmethoden im gelben Lager näher betrachtet. Die gelben Vereinsorgane bekämpfen z. B. die christlich-nationale Arbeiterbewegung viel gefälliger wie die Sozialdemokratie. Die Wirkungen dieser Taktik können nicht ausbleiben. Kürzlich hielt ein vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie subventionierter gelber Agitator namens Franke in Deinhaußen eine Werbeversammlung ab, die sich wieder den Willen des gelben Redners zu einer Rundgebung für die christlichen Gewerkschaften gestaltete. Im Verlauf der Verhandlungen erklärte der gelbe Agitator öffentlich, daß, wenn er sich organisieren müsse und nur die Wahl zwischen christlicher und sozialdemokratischer Richtung habe, er sich den sozialdemokratischen Gewerkschaften anschließen würde.

Und diese Leute ziehen mit der „nationalen“ Plagge durchs Land und breiten sich in marktschreierischer Weise als einziges festes Bollwerk gegen die Sozialdemokratie an!

Aus Wirtschaft und Technik.

Geschäftsergebnisse.

Die Rheinisch-Nassauische Bergwerks- und Hüttengeellschaft in Solingen (Rheinl.) beendete das letzte Geschäftsjahr

mit einem Reingewinn von 2 264 000 M., der folgendermaßen verwendet wird: Dividende 24 Prozent gleich 1 800 000 M., Lantleme des Aufsichtsrates 60 000 M., Lantleme der Beamten 112 110 M., Dotierung des Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds 60 000 M., Lotterung des Gratifikationsfonds 10 000 M., Vortrag 222 028 M. —

Das Stahlwerk Mannheim-Rheinau erzielte 225 000 M. Reingewinn und verteilt 8 Prozent Dividende. — Beim Stahlwerk Linden verbleibt nach 66 000 M. Abschreibungen ein Reingewinn von 152 000 M., aus dem 10 Prozent Dividende verteilt werden. — Das Eisenwerk Hannover-Walsel erzielte einen Reingewinn von 428 000 M. Die Dividende beträgt wie im Vorjahre 12 Prozent. — Die Schiffswerft Tecklenborg zu Bremerhaven will von dem Betriebsergebnis für das Jahr 1912 rund 650 000 M. (im Vorjahre 488 906 M.) zu Abschreibungen verwenden, sowie 100 000 M. (0) der Sonderrücklage zuführen und der Hauptverwaltung die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent (4 Prozent) vorschlagen.

Streits und Lohnbewegungen.

Bocholt i. W. Im vierten Quartal des vorigen Jahres berichteten wir, daß in Bocholt die Klemptner und Installateure des Kleingewerbes sich unseren Verbände angeschlossen hätten. Jetzt können wir schon über Erfolge unserer Gewerkschaftsarbeit berichten. Bocholt hatte bisher keine Wasserleitung. Als nun die maßgebenden Instanzen beschloßen, auf diesem Gebiete eine Ueberberung einzutreten zu lassen, hatten unsere Meister der Klemptner- und Installateurbranche Tag und Nacht zu tun, um alle die Aufträge, die ihnen zuteil wurden, erledigen zu können. Sofort wurde seitens der Meister eine allgemeine Preisregelung vorgenommen, ohne aber nur daran zu denken, auch den Gesellen etwas zukommen zu lassen.

Während die Meister die gute Konjunktur ausnützen wollten, sollten die Gesellen leer ausgehen. Nachdem sich die Gesellen organisiert hatten, konnte man an die Frage herantreten: Wie verbessern wir unsere Arbeitsverhältnisse?

Wir reichten durch unsere Verbandsvertreter Forderungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages an die einzelnen Arbeitgeber ein. Aber nur zwei Meister gaben auf die Forderungen eine Antwort, worin mitgeteilt wurde, daß sie die Angelegenheit nur mit ihren Gesellen regeln würden. Damit gaben sich die Gesellen naturgemäß nicht zufrieden, zumal die Meister keine Miene machten, die Angelegenheit nun auch wirklich mit den Gesellen zu regeln. Daraufhin wurde unser Kollege Grüne-Essen bei den einzelnen Meistern vorstellig mit dem Erfolg, daß sie zugaben, an einer Sitzung der Gesellenkommission teilzunehmen. Am der einige Tage später tagenden gemeinsamen Sitzung nahmen fast sämtliche Meister teil. Nach dreistündigen Beratungen wurde eine Einigung unter Vorbehalt der Zustimmung der Gesellen erzielt. Die Gesellen nahmen einstimmig das Erreichte an und glaubten, jetzt sei die Sache erledigt. Die Meister aber stürzten sich nicht an die getroffene Vereinbarung. Es blieb den Gesellen nun nichts anderes übrig, als etwas energischer vorzugehen.

Noch einmal wurden wir bei den hartnäckigen Meistern durch den Kollegen Gröné vorstellig. Nun versprachen die Meister, alles nachzuholen, da sie merkten, was für sie auf dem Spiele stand.

Heute wird die Vereinbarung überall eingehalten. Folgende Punkte wurden festgelegt: Die 59stündige Arbeitszeit pro Woche. Mindestlöhne für Gesellen im 4. Jahre nach der Lehre 40 Pfg., im 5. Jahre 45 Pfg., nach dieser Zeit 48 Pfg. pro Stunde. Im nächsten Jahre soll noch einmal über eine Lohnerhöhung für das Jahr 1913 besonders verhandelt werden. Für Ueberarbeit wird ein Zuschlag von 25 Prozent bezahlt. Für Grubenarbeit ein Zuschlag von mindestens 1,50 Mark, Lurnarbeit 25 Proz. Außerdem ist das Kost- und Logiswesen bei auswärtigen Arbeiten geregelt worden. Die Bestimmungen treten sofort in Kraft und laufen bis zum 1. August 1914.

Durch diese Vereinbarung sind bedeutende Verbesserungen der bisherigen Verhältnisse herbeigeführt worden. Lohn-erhöhungen von 3—8 Pfg. pro Stunde wurden erreicht. Nur ein einziger Geselle bezog den „hohen“ Lohn von 47 Pfg. pro Stunde. Alle übrigen hatten bedeutend weniger, sodaß der Mindestlohn für Gesellen nach dem fünften Jahre nach beendeter Lehrzeit, 48 Pfg. pro Stunde, eine wesentliche Verbesserung darstellt. Auch wurden früher keinerlei Zuschläge bezahlt, sodaß auch hier eine Besserung eingetreten ist. Wenn die Verkürzung der Arbeitszeit, wesentlich eine Stunde, mitberednet wird, haben unsere Kollegen einen Mehrverdienst von 2,10 M. durchschnittlich wesentlich auszuweisen.

Es liegt jedoch jetzt an den Kollegen selber, die getroffene Vereinbarung auch hochzuhalten. Dieses können sie nur, wenn sie auch in Zukunft treu zu unserem Verbands stehen. Besonders müssen auch die Unorganisierten unserem Verbands beizutreten. Ohne gute Organisation wäre der Erfolg nicht errungen worden. Durch den inneren und äußeren Ausbau unseres christlichen Metallarbeiterverbandes wird dann in Zukunft auch das erreicht werden können, was jetzt zu erreichen noch nicht möglich war.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Menden. Bei der Firma Schmölle & Co. stehen unsere Kollegen im Streit. Sämtliche organisierten Metallarbeiter in den dem Arbeitgeberverband Menden angeschlossenen Betrieben sind ausgespart. Jeder Zugzug nach dem Mendener Industriegebiet ist strengstens fernzuhalten.

Dortmund-Schwerte. Die Abteilung Drahtzug der Eisenindustrie ist zwecks Beseitigung von Mischständen gesperrt.

Serne. Die Firma Belen hat mit Ausnahme von einigen älteren Leuten sämtliche Former und Gießereiarbeiter entlassen. Zugzug ist streng fernzuhalten.

Dortmund. Ueber die Stahlgießerei der Dortmunder Union wurde die Sperre verhängt.

Dortmund-Witten. Die Arbeiter des Drahtwerks stehen zwecks Abwehr eines Akkordabzuges im Streit.

Solingen. Bei der Firma Rautenbach stehen die Former im Streit.

Zugzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 16. März der zwölfte Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. März 1913 fällig.

Ösnabrück. Das Mitgliedsbuch Nr. 156774, ausgehellt auf den Namen Heinrich Stauvermann, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Wasserfallingen. An den letzten Sonntagen hielt unsere Ortsverwaltung in den einzelnen Sektionen ihre Generalversammlungen ab. In Wasserfallingen am 9., in Hofen und Hüttingen am 16. und in Fachsenfeld am 23. Februar. Der erste und zweite Vorsitzende gaben in allen Versammlungen ein Bild von der Tätigkeit der Ortsgruppe im letzten Jahre. Aus dem Geschäftsbericht war folgendes zu entnehmen: Die letzte Petition des christlichen Metallarbeiterverbandes an den Landtag hat einen Erfolg für die staatlichen Hüttenarbeiter gehabt, indem 75 000 Mark für Lohnerhöhungen bewilligt wurden. Bei der Auszahlung dieser Lohnerhöhungen hatten sich jedoch allerlei Unzuträglichkeiten und Ungleichheiten eingestellt, die in verschiedenen Fällen des Eingreifens des Arbeiterschusses notwendig machten. Das gleiche war der Fall in der Frage des Urlaubs. Auf verschiedenen Gebieten gelang es, noch sonstige Mißstände zu beseitigen. Durch Gründungsversuche von „gelben“ Werkvereinen und durch eine verlogene Hebe gegen den Arbeiterausschuss suchte man einen Keil zwischen die Arbeiter zu treiben. Dank dem Umstande, daß die Mehrzahl unserer Arbeiterschaft noch etwas auf Arbeiterversolidarität und geraden Sinn hält, konnten die arbeiterschädigenden Versplitterungsversuche abgewehrt werden. Die Wasserfallinger Arbeiterschaft will keine Günstlings- und Speichelleberwirtschaft, sondern Recht und Gerechtigkeit. Der Erfolg der Aufklärungsarbeit war der, daß die bloßgestellten Verleumdungen ihre Urschuldigungen als unwahr zurücknehmen mußten. Hoffentlich haben sie in der Zwischenzeit das schädliche ihrer früheren Haltung eingesehen.

Ein Zusammenwirken aller Kollegen in der Organisation ist eine unbedingte Notwendigkeit. Zu beklagen ist, daß viele Kollegen bei der letzten Arbeiterversammlung nicht ihren Mann, wie es notat, gestellt haben. Hier muß eine Aenderung eintreten. Der Bericht über Versammlungsarbeiten und Agitation zeugt von einer fleißigen Tätigkeit der Ortsverwaltung. Gewünscht und als notwendig bezeichnet wurde, daß die Gesamtheit der Mitglieder sich mehr organisatorisch und agitatorisch betätigt. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, für die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen.

Aus dem Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß die Zentralkasse eine Einnahme von 9537,65 Mk. und eine Ausgabe von 5144,25 Mk. hatte. An Krankengeld wurde die Summe von 3614,92 Mk. ausgezahlt. Die Lokalkasse weist einen Bestand von 827,29 Mk. auf.

In den Versammlungen von Wasserfallingen und Fachsenfeld war Kollege Kollorath-Umünd anwesend, der die allgemeine Lage besprach und ermunternde Worte an die Mitglieder richtete. An den Versammlungen in Hofen und Hüttingen nahm Bezirksleiter Kollege Gengler-Entzart teil. An Hand des Geschäftsberichtes besprach er die Tätigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes für die hüttenverarbeitenden Hüttenarbeiter. Im weiteren nahm er das auch hier verbreitete rote F-lugblatt unter die Lupe. An Hand der Tatsachen führte er die arbeiterversolidarische Hebe der Sozialdemokraten auf ihren wahren Wert zurück. Diese wurde nun inszeniert, um die falsche Haltung des roten Verbandes in Mendon zu verbeden und den fortgesetzten Terrorismus gegen christlich-nationale Arbeiter in Stuttgart, Düsseldorf usw. zu überkleistern. Das wird aber den Genossen nicht gelingen, wenn die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft auf dem Rampe ist und für entsprechende Aufklärung sorgt. In seinen Schlussausführungen legte Redner noch die große Bedeutung der gewerkschaftlichen Schulung den Anwesenden dar und empfahl besonders die eifrige, wöchentliche Lektüre des Verbandsorgans und der Gewerkschaftsliteratur. Nur dann, wenn die Arbeiterschaft auch geistig auf der Höhe steht, kann sie sich ihren Platz im Staats- und Gesellschaftsleben erobern. Darum Zusammenschluß in der Ständesorganisation, im christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands.

Den mit starkem Beifall aufgenommenen Vorträgen wurde aus der Mitte der Versammlungen heraus begeistert zugestimmt. Ein älterer Kollege im weißen Bart forderte die Mitglieder zum festen Zusammenhalt auf, nur in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist auf die Dauer eine Hebung der Lage der Arbeiterschaft denkbar. Sie hat ein starkes Fundament mit festen Grundpfeilern, an denen der Ansturm der Gegner abprallen wird. So wurde weiter der jährliche Vorsitzende der Ortsgruppe Wasserfallingen konstatiert, daß die diesjährigen Generalversammlungen wieder einen Fortschritt in der Organisation und damit auch für die Gesamtheit der staatlichen Hüttenarbeiter darstellen. Wenn jeder seine Pflicht erfüllt, kann es an weiteren Erfolgen nicht fehlen.

Chemnitz. Unsere am 9. Februar stattgefundene Generalversammlung war — trotzdem die Mitglieder schriftlich eingeladen waren — nicht besonders gut besucht. Aus dem vom Vorsitzenden erläuterten Jahresbericht ging hervor, daß im verfloffenen Jahre regelmäßig allmonatlich je eine Vorstandes- und Vertrauensmänneritzung und eine Mitgliederversammlung stattgefunden haben. Außerdem sind zwei öffentliche Versammlungen abgehalten worden. Die Entwicklung der Ortsgruppe hinsichtlich der Mitgliederzunahme hätte besser sein können, wenn alle Kollegen sich an der Agitation beteiligt haben würden. Das Nachgeholt werden. Leider sind auch eine Anzahl Austritte zu verzeichnen, besonders von solchen Kollegen, die gelegentlich der Aussperrung beitrugen und sich vom Verbands unterstützen ließen, um dann wieder der Organisation den Rücken zu kehren.

Neuerdings gehen einige metallindustrielle Firmen in Chemnitz systematisch mit der Gründung gelber Werkvereine vor. Große Erfolge sind bei demselben zwar auch hier nicht beschriben gewesen, nichtsdessenungeachtet haben wir aber alle Ursache, die christlich-nationale Arbeiterschaft über das Wesen der Gelben aufzuklären und sie von dem Betritt zu diesen Gebilden abzuhalten. Ein besonders wichtiges gewerkschaftliches Ereignis für unsere Ortsgruppe sowohl wie für das ganze Königreich Sachsen war der im Oktober vorigen Jahres in Dresden stattgefundene Kongress der christlichen Gewerkschaften. Die Tagung hat viel zur Aufklärung über unsere Bewegung unter der sächsischen Bevölkerung beigetragen, und hat auch namentlich auf die Agitation besondere Aufmerksamkeit.

Der vom Kassierer gegebene Kassenbericht bot ein verhältnismäßig günstiges Bild. Die Wahl des Vorstandes und der Vertrauensmänner ergab, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Wiederwahl der bisherigen Inhaber dieser Ämter. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten hielt dann der Bezirksleiter, Kollege Gierk, einen Vortrag über die gewerkschaftlichen Pflichten des Vorstandes, der Vertrauensmänner und der Mitglieder. Einleitend befaßte sich der Redner mit dem Jahres- und Kassenbericht und erörterte dann an der Hand desselben eingehend das erwähnte Thema. Die praktischen Anregungen des Bezirksleiters sollen in der nächsten Mitgliederversammlung weiter besprochen, und dann unverzüglich zur Durchführung gebracht werden. — Mit der Aufforderung an die Kollegen, im laufenden Jahre mit allen Kräften an dem weiteren Ausbau der Ortsgruppe zu arbeiten, wurde die Generalversammlung (sobann vom Vorsitzenden geschlossen).

Dortmund-Werne. (Zechenmetallarbeiter.) Schon des öfteren wurden im Verbandsorgan Stimmen laut, die auf die mangelhaften Verhältnisse, insbesondere die ungenügende Entlohnung der Zechenmetallarbeiter aufmerksam machten. Im allgemeinen zählen die Zechenmetallarbeiter zu den BerufsKollegen, die der Organisation nur schwer zugänglich sind. Darauf sind aber auch nur die verschiedensten Mißstände auf den Zechen zurückzuführen. Die Bergleute haben sich in dem Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter einen Rückhalt geschaffen, während die Handwerker vielfach gedanklos in den Tag hineintreiben. Daß aber bei einem festen Zusammenschluß der Zechenmetallarbeiter sich zu Gunsten der Kollegen Erfolge erzielen lassen, beweist die Entwicklung unserer Ortsgruppe. Seit der im Jahre 1910 erfolgten Gründung unserer Ortsgruppe hatten wir wiederholt Gelegenheit, mit Erfolg auf Lohnerhöhungen hinzuwirken und Verschlechterungen abzuwehren. Auch vor Kurzem hat sich unsere Organisation wieder glänzend bewährt. Als durch die Quertreiberei einzelner Kollegen, denen auscheinend zu wohl war, die Geschlossenheit unserer Organisation (es gehörten fast die sämtlichen Metallarbeiter unserer Verbands an) gestört wurde, indem einzelne Kollegen dem Verband den Rücken kehrten, hatte die Betriebsleitung sofort Wind davon bekommen und die Kollegen zu einem Teil sofort mit einem Abfordabzug bedacht. Nach Benachrichtigung der anderen beteiligten Organisationen nahmen die Kollegen in einer Betriebsversammlung dazu Stellung. Die Organisationsbetreuer wurden beauftragt, in einer Eingabe an die Direktion die Zurücknahme des Abfordabzuges, Erhöhung der Schichtlöhne und Beseitigung einiger Mißstände zu beantragen.

Der Eingabe und den darauf folgenden Verhandlungen war ein guter Erfolg beschieden. Nicht nur, daß der Abfordabzug zum größten Teil eine Erhöhung um 20 Pfg. und die der Wagenbauer um 30 Pfg. für die Dreher wurde eine gerechtere Verteilung der Abforde zugestanden.

Dieser Erfolg beweist wiederum, wie wenig stichhaltig die Einwände so mancher Zechenmetallarbeiter sind, die da sagen, auf den Zechen ließe sich durch die Organisation ja doch nichts erreichen. Der Erfolg dieser Bewegung beweist das Gegenteil. Hoffentlich kommen jetzt auch die Kollegen wieder zur Einsicht, die sich durch Quertreiberei aus dem Verbande locken ließen. Ihr Maß ist in unserer Organisation. Sehr reich ist bei dieser Bewegung auch das Verhalten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der auf dem Bitt ebenfalls 3-4 Mitglieder beschäftigt hat. Auch er wurde rechtzeitig von den Vorgängen auf der Zeche in Kenntnis gesetzt. Als die gemeinsame Versammlung stattfand, hielten es aber weder der Beamte noch die Mitglieder für nötig, in dieser Versammlung zu erscheinen. Zur gleichen Zeit, als die Kollegen berieten, wie die Verhältnisse gebessert werden können, hatte der rote Beamte mit seinen Mitgliebrern in einer anderen Wirtschaft hinter dem Bierisch, Wir hatten natürlich keine Veranlassung, nochmals an den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband heranzutreten und machten eben die Bewegung ohne ihn, wie der Verlauf beweist, mit sehr gutem Erfolg. Die Zechenmetallarbeiter aber können aus diesem Verhalten wieder erkennen, wo ihre Interessen wirklich vertreten werden und vor damit Schindluder treibt. An die unorganisierten Kollegen ergeht deshalb der Ruf: „Schließt die Reihen im christlichen Metallarbeiterverband“.

Hamn. Am 16. Februar fand im Lokale Heitfeld hier selbst die gutbesuchte Generalversammlung unserer Ortsverwaltung statt. Als Referent war Kollege Oberhoffel von Dielesfeld erschienen, der in kurzen, packenden Worten ein Bild der gegenwärtigen Situation entwarf. Er wies bei seinen Ausführungen hin auf die gewaltigen Kämpfe, welche insbesondere die christlich-nationale Arbeiterschaft durchzuführen habe und ging dann bezüchtlich auf die Aussperrung von Mendon ein. Besonders charakterisierte er das Verhalten der Arbeitgeber und der Sozialdemokraten, welche letztere bei diesem ausgezwungenen Kampfe den Arbeitern hinterhältig in den Rücken fallen und den Schanzmachern Waffen gegen kämpfende Arbeiter lieferten. Solchem arbeiterversäuerndem Treiben der Genossen gegenüber sei es unsere Pflicht, mit nie ermüdender Tatkraft zu wirken an der weiteren Stärkung unseres Verbandes. Auch hier in Hamn sei das Arbeitsfeld noch ein großes, es könnten trotz der großen Gefahr der Organisierten dennoch recht viele für die Bewegung noch gewonnen werden. Je größer unsere Zahl, desto leichter auch die Erringung der Ziele, die wir uns gestellt haben. Mit einem begeisterten Appell zur systematischen Feinarbeit schloß der Redner unter starkem Beifall seine Darlegungen.

Nach Vornahme der Vorstandswahl, sowie der Wahl der Kartellbelegierten und der Delegierten zum Ausschuss für lokale Angelegenheiten gab der Kollege Erdmann den Jahres-Kassenbericht, aus dem eine erfreuliche Steigerung der Einnahmen hervorging. Wurden im Jahre 1910 50 008 Beitragsmarken verkauft, so stieg die Zahl der verkauften Marken im Jahre 1911 auf 62 125 und im Vorjahre auf 65 557. Das beweist besser, wie alles andere den Fortschritt, welcher im Jahre 1912 seitens der Verwaltungsstelle Hamn gemacht wurde. Der Markendurchschnitt ist allerdings noch nicht befriedigend und müssen die Kollegen darauf sehen, daß sie mit ihren Beiträgen nicht in Rückstand geraten.

Der Zeitungsbericht, den Kollege Föcher erstattete, bot ein Bild intensiver Wirksamkeit im verfloffenen Jahre. Sein Hauptzweck, an der Verbesserung der Lage der Arbeiter zu schaffen, wurde der Verband in vollem Umfange gerecht. Durch sein sachliches Wirken gelang es, in der Verwaltungsstelle Hamn für die Kollegen mehr wie 78 000 Mk. an Lohnerhöhungen herauszuholen.

Auch in der Agitation wurde hervorstechendes geleistet. In insgesamt 827 Versammlungen aller Art, an denen durchschnittlich die Beamten teilnahmen, wurde die

gewerkschaftliche Begeisterung geweckt und an der Schulung der Kollegen gearbeitet. Diese Versammlungstätigkeit hatte denn auch das erfreuliche Resultat, daß die Zahl der Mitarbeiter stetig stieg und auch das Ergebnis der Werbearbeit ein äußerst schönes war. Besonders günstig gestaltete sich das Resultat der im letzten Vierteljahre getätigten Hausagitation. Von insgesamt 447 gesammelten Adressen wurden in 5 Rundgängen, an denen sich im ganzen 197 Kollegen beteiligten, etwa 360 Unorganisierte aufgesucht und von diesen 130 Kollegen für den Verband gewonnen. Wenn sich noch mehr Kollegen in den Dienst der Agitation stellen, was im laufenden Jahre unbedingt erwartet werden muß, wird der Erfolg zweifellos ein noch größerer sein. Hinweisend auf die schönen Resultate, welche insbesondere bei der Agitation unter den Jugendlichen erzielt wurden, bat der Berichterstatter die Anwesenden, besonders auf diesem Gebiete sich agitatorisch zu betätigen und durch Gewinnung des Vertrauens der jugendlichen Arbeiter diese an den Verband heranzuziehen.

Alles in allem könne das Jahr 1912 als Epoche des Fortschrittes und des Erfolges angesehen werden, doch sei eine Steigerung noch möglich, wenn alle Kollegen, besetzt von ehler Begeisterung und zähem Willen, unermüdet dahingehen wirkten.

Es folgte nun die Generaldiskussion, die sich äußerst lebhaft gestaltete und viele gute Anregungen bot. Dann sprach Kollege Föcher das Schlußwort, in der er noch einmal kurz das Ergebnis der Versammlung zusammenfaßte. Besonders freudig wurde die Mitteilung begrüßt, daß der Vertrag zwischen uns und dem Fisch-Dunckerischen Verbands gültig sei. Mit einem brausenden Hoch auf den Verband fand dann die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Neumied-Engers. Sind die Löhne im Kreis Neumied im allgemeinen nicht besonders hoch, so sind sie auf den drei Hüttenwerken, die die Firma Krupp A.-G. hier selbst besitzt, derart, daß man sich unwillkürlich fragen muß, wie eine Arbeiterschaft sich mit einem solchen Verdienst durchschlagen soll. Auf der Neumieder Hermannshütte beträgt der Stundenlohn, auch für ältere Leute, 29 Pfg. (neunundzwanzig Pfennige). Das macht bei 10stündiger Schicht 2,90 Mk. Dabei ist das Leben in Neumied genau so teuer, in manchen Teilen noch teurer, wie in einer Großstadt. Es kommt hinzu, daß die schwere, aufreibende Arbeit, die ein Hüttenarbeiter zu leisten hat, eine gute Ernährung fordert. Um sich nun bei einem solch horrenden Stundenlohn den Arbeitern gegenüber „nobel“ zu zeigen, hat man ein ganz eigenartiges System herausgetinkelt: Das sogenannte Lohr-Abfordsystem. Dieser Lohnabford wird unter die Arbeiter verlost. Wer von den Arbeitern das „Glück“ hat, bei der Verlosung keine Mark zu ziehen, der bekommt auch 29 Pfg. Stundenlohn, es werden ihm aber 6 Stunden pro Schicht gutgeschrieben, macht also 16 x 29 = 4,64 Mk. Wer kein „Glück“ hat — oder nicht ganz brav war — der arbeitet eben für 2,90 Mk.

Welche Wirkung dieses schöne System auf die Arbeiter nach verschiedenen Seiten hin ausübt, mag sich jeder selber ausmalen. Dergleichen Sachen könnten mehrere angeführt werden. Ihr noch eins: Auf der Lohnliste steht, pro Monat Mark verdient. Nichts weiter. Keine Schichtzahl, keine Angabe der Lohn- oder Abfordschichten. Haben die Arbeiter in einem Monat viel Abford gehabt und glauben gut verdient zu haben, ist es gerade umgekehrt. Was braucht der Arbeiter auch zu wissen, was er verdient hat. Väterchen sorgt ja glänzend für seine Untergebenen. — Sehen wir zu: Auf der sogenannten Mülhosenen Hütte in Mülhosen bei Engers herrscht unter der Arbeiterschaft schon jahrelang eine starke Erregung über die verschiedensten Mißstände. In der Menage große Unreinlichkeit, der Lohn zu gering und die Behandlung alles andere wie human. Vor 3 Wochen nun traten während der Pause 43 Arbeiter zusammen und wollten um eine Lohn-erhöhung einkommen. Betriebsleiter M. kommt hinzu, fragt die Arbeiter im barschen Ton was sie wollten und die Leute antworteten: „Mehr Lohn.“ Herr M. entläßt die 43 ohne viel Federlesens und hält einem jeden 7 Schichten Lohn ein.

War das notwendig? Hätte der Betriebsleiter sich etwas bergehen, wenn er mit den Leuten verhandelt hätte? Würden 43 anständige Arbeiter, darunter viele Familienväter, entlassen und bestrahlt und an deren Stelle Italiener und andere Ausländer eingestellt werden? Eine solche Handlungsweise sollte man bei einer Firma, die in hervorragender Weise mit Staatsaufträgen bedacht wird, einfach nicht für möglich halten.

Damit wollen wir es für diesmal bewenden lassen, obgleich der berechtigten Beschwerden der Arbeiter noch viele sind. Eine Lehre mag die durch das Vorgehen des Herrn M. heute stark organisierte Arbeiterschaft und besonders auch die unorganisierte, aus obigem Vorfall ziehen: Nicht lassen sich die jahrzehnte hindurch eingetriebenen Mißstände durch einen Ruch ändern, sondern dazu bedarf es in erster Linie einer starken gewerkschaftlichen Organisation. Nur durch eifrige Agitations- und Werbearbeit, durch den Zusammenschluß im christlichen Metallarbeiterverband, wird es gelingen, uns Achtung zu verschaffen und bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Der christliche Metallarbeiterverband hat gerade für die Arbeiter der Hütten- und Walzwerksindustrie auf seiner Generalversammlung in Offenbach, auf einer Hüttenarbeiterkonferenz in Duisburg, durch ein ausgiebiges Referat unseres Zentralvorsitzenden Kollegen Wieder auf dem Berliner Arbeiterkongress, durch den Dortmunder Verbandstag, durch den Bericht an die Internationale Vereinigung für gewerkschaftlichen Arbeiterschuss, sowie durch mehrfache Eingaben an Bundesrat und Reichstag den Beweis erbracht, daß er gewillt ist, sich der Hüttenarbeiter anzunehmen. Wenn diesen Forderungen unseres Verbandes, (Achtstundenschicht für die Feuerarbeiter usw.) noch nicht genügend Rechnung getragen worden ist, so sind, das kann ruhig gesagt werden, die Hüttenarbeiter zum Teil selbst schuld, weil sich noch so überaus viele zu wenig um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern und der Organisation fernbleiben. Das muß anders werden. Ein großer Teil der hiesigen Kollegen haben den Anfang gemacht, nun aber auch Stange gehalten. Die beste Antwort auf obigen Vorfall ist die: Mann für Mann hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Landshut. Ende November vorigen Jahres hatte der rote Metallarbeiterverband ein Gasthaus zum Rodwitz eine Verammlung der Arbeiter der „Bayerischen Eisenindustrie“ einberufen. Bei dieser Gelegenheit, wo man sich allein wählte, ging es in bekannter Manier über die christlichen Gewerkschaften her. In geradem demagogischer Weise wurden Verleumdungen ausgestreut, die ihrem Urheber sicher keine Ehre machen. Wenn sich eine führende Persönlichkeit der roten Couleur erlaubt, den Arbeitern vorzumachen, die christlichen Gewerkschaften hätten 8 Millionen Mark Schulden, so zeugt das schon von allerhand Ignoranz und Bosheit. Um diese hahnenbüchsen Unwahrheiten ins rechte Licht zu rücken, hatte unser Verband auf den 24. Februar ebenfalls eine Versam-

lung für die Arbeiter dieses Betriebes einberufen mit der Tagesordnung: „Sozialdemokratische oder christliche Gewerkschaften“. Freie Diskussion war zugesichert.

Es soll jedoch anders kommen. Die Herren der „Freiheit“ ließen noch im Laufe des Nachmittags Handzettel und Flugblätter im Betriebe verteilen, worin vor der Versammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes gewarnt wurde. Nach dem Handzettel zu schließen, betrachten die Herren Genossen die „Bayerischen Elektrizitätswerke“ schon als ihr Eigentum denn es wird von „unserm Betrieb“ geschrieben. Solche Machinationen der Gegner ist man gewohnt und ist dieses Armutzeugnis des „deutschen Metallarbeiterverbandes“ auch keiner weiteren Würdigung wert. Jedoch die Kampfesweise der Genossen sollte sich vor dem Versammlungslokal erst im wahren Lichte zeigen. Unter Aufsührung des Obergenossen Fidler sammelten sich 10-15 Sozialdemokraten, die jedem den Eingang erschweren und unmöglich machten. Dieses Gebahren verdient lediglich niedriger gehängt zu werden. Das Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes steht in direktem Widerspruch zu dem bereits angeführten Handzettel, wo es heißt: „Der Metallarbeiterverband geht einer Aufklärung nicht aus dem Wege, hat aber keinen Grund auf unbedingte Anwürfe hin, sich vor jedem Beliebigen zur Rechenschaft zu stellen.“ Einer Aufklärung nicht aus dem Wege gehen, dennoch aber die Mitglieder mit den schärfsten Mitteln von der Versammlung fernzuhalten, das sind Gegensätze, die nur einem sozialdemokratischen Hirn verständlich sind.

Trotz dem Mandat der Genossen wurde die Versammlung abgehalten. Kollege Wagner-München beleuchtete das Verhalten der Gegner und widerlegte all die Anwürfe, welche auf die christlichen Gewerkschaften in der roten Versammlung gemacht wurden. Weiterhin wurde das ausgeteilte Flugblatt, welches die Metallarbeiterausperrung in Menden behandelt, einer Würdigung unterzogen und festgestellt, daß dieser Flugblattschreiber sich erdreistet, die eiblichen Aussagen von 6 Zeugen als „unwahr“ und als „eine Täuschung“ zu bezeichnen. Hier ist der Widerspruch des verstorbenen sozialdemokratischen Parteiführers Ignaz Auer am Platze, der doch seine Pappenheimer kennen mußte: „Ein Edel erfaßt mich vor dieser Gesellschaft.“

Damit wollen wir das schoske Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes verlassen und die bühische Handlungsweise der Genossen gegenüber christlich-organisierten Arbeitern der „Bayerischen Elektrizitätswerke“ etwas näher beleuchten. Dieser Betrieb ist scheinbar zum Tummelplatz des sozialdemokratischen Verbandes geworden. In offener Weise werden während der Arbeitszeit die Einladungen und Flugblätter verteilt. Als charakterlos wird derjenige Arbeiter bezeichnet, welcher sich erlaubt, eine andere Anschauung zu haben, als wie die Genossen. Titulationen wie „Schwarzer Hund“, „Christlicher Mordmörder“ usw. gehören zum eisernen Bestand der geistigen Waffen dieser „Freiheitskämpfer“.

Unsere Kollegen aber mögen trotz der sozialdemokratischen Anwürfe und Flegelien in gewohnter Treue zur Fahne halten und unermüdet für die Ausbreitung unseres Verbandes tätig sein. Damit werden wir dem Treiben der roten Schimpf- und Gewaltmenschen am ehesten Einhalt gebieten.

Stollberg-Ortsverwaltung. Zum 1. Male tritt die Ortsverwaltung Stollberg mit einem Tätigkeitsbericht an die Öffentlichkeit. Nachdem im Jahre 1911 ein Sekretariat in Stollberg errichtet worden war, wurden Anfang 1912 die Ortsgruppen Stolberg, Schweiler, Büsbach, Breinig, Gressenig, Röhre und Zivelfall, die bis dahin zu Menden gehörten, zur Ortsverwaltung Stollberg vereinigt. Darin sind schon mit Errichtung des Sekretariats die gewerkschaftliche Arbeit gesteigert, so setzte sie jetzt besonders lebhaft ein.

Die Mitgliederbewegung war folgende: Bestand am 1. Januar 1912 607, aufgenommen und zugereist 337; ausgetreten 326, Abgereist 19, gestorben 3, ausgeschloffen 12, zum Militär 10. Bleibt ein Bestand von 674 Mitgliedern. Die ausgeschloffenen Mitglieder waren solche, die mit den Beiträgen trotz Mahnung längere Zeit im Rückstand waren. Die Fluktuation war eine sehr starke. Wenn trotz der erheblichen Zahl der Neuaufgenommenen und Zugereisten sich die Mitgliederzahl noch um 33 verringerte, so beweist das, daß in der Erhaltung der Mitglieder von den leitenden Kollegen weit mehr getan werden muß wie bisher. Die Taktik der Arbeitgeber ist ebenfalls nur dazu angetan, die Fluktuation zu begünstigen. Die Klassenverhältnisse gestalten sich folgendermaßen: Einnahme für die Hauptklasse 15 772,94 Mark, Ausgaben für die Hauptklasse 8396,54 Mark, an die Hauptklasse abgeandt 7376,40 Mark. Einnahme der Lokalkasse 5914,59 Mark, Ausgabe 4992,22 Mark, Bestand der Lokalkasse 922,37 Mark. Die durchschnittliche Beitragsleistung pro Mitglied betrug 47,94 Mark. Dieser Durchschnitt ist noch nicht befriedigend. Es muß das Bestreben aller Mitglieder sein, in der Beitragsleistung pünktlich zu sein. An Versammlungen haben stattgefunden: Öffentliche 14, Mitglieder- 124, Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen 67, zusammen also 322. An Flugblättern wurden verteilt, 45 400 Stück. Davon waren 32 400 von der Ortsverwaltung herausgegeben. An Briefen gingen ein 435 und aus 581, an Druckfachen 256 bzw. 1290.

Das Berichtsjahr war für das Stollberger, Schweiler und Direkter Revier auch eines der Bewegungen zwecks besserer Arbeitsbedingungen. Außer zur Abwehr von Verschlechterungen und zur Erreichung von Verbesserungen, mußten noch Kämpfe geführt werden, um die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation. Es gibt wohl kaum ein Industrierievier, wo das Unternehmertum seit jeher so bemüht war mit allen Mitteln die Gewerkschaftsbewegung niederzuhalten, wie das hiesige. Wo die „Erziehung“ der Arbeiter durch „Wohlfahrer“ und die entsprechende Irreführung der öffentlichen Meinung nicht zum Ziele führten, griff man zur Brodlosmachung derjenigen, die in den vorbesten Reihen der Gewerkschaftsbewegung standen.

Wie die Arbeitgeber im hiesigen Revier zu den christlichen Gewerkschaften stehen, geht wohl am besten aus dem Bericht der Stollberger Handelskammer für 1911 hervor. Es heißt da auf Seite 69-70:

„Den sozialpolitischen Verhältnissen konnte sich auch unser Bezirk nicht verschließen und die Flutwelle der Arbeiterorganisation brach auch bei uns ein. Den Einflüssen der Sozialdemokratie ließen unsere Arbeiter vollständig ablehnend gegenüber. Dies dürfte seinen berechtigten Grund darin haben, daß der größte Teil unserer Arbeiter selbst fechtbar ist. Sie besitzen allenthalben eigene Wohnhäuser mit angehörigem Garten, auch mehr oder minder große Ackerparzellen als freies Eigentum. So wenig dieselben daher den Verlockungen der Sozialdemokratie sich hingeben, so gern sympathisieren sie mit den Wünschen, die ihnen unter dem Deckmantel „christlich-sozial“ vorgetragen werden. Möge die Öffentlichkeit, die sich an die Spitze dieser Bestrebungen stellt, nicht übersehen, daß die Geister, die sie gerufen, nicht mehr los wird und zur Zeit von diesen sicher zur Seite getrieben werden und ihre Macht und Wirkung herabsetzen.“

lierten wird. Diese Flutwelle mit Gewalt aufhalten zu wollen, dürfte keinen Zweck haben. Hoffentlich kommen unsere Arbeiter aber recht bald zur Erkenntnis, und zu dem Bedauern über all das gute Geld, welches sie monatlich am Operaltar der christlich-sozialen Führung hinlegen, welches für sie für immer verloren ist.“ Um den Einbruch nach außen zu wahren, erkennt der Bericht dann wohl die Bestrebungen der Arbeiter, ihr Loß zu verbessern, an — aber er erinnert an das alte, gute, bisher so schöne Verhältnis und verbittet sich die „Einnischung dritter Personen.“

In mehreren Versammlungen nahmen unsere Kollegen zu diesen sozial rückständigen Auslassungen der Handelskammer Stellung und protestierten in einer einstimmig beschlossenen Resolution gegen die Verdächtigungen ihrer Organisation.

Trotz der nichts weniger als freundlichen Haltung der Arbeitgeber gegen unsere Organisation haben wir uns in unserer Arbeit als Gewerkschaftler nicht beirren lassen. So erzielten bei der Firma Sufferath in Mariaweller 36 jugendliche Kollegen unter 17 Jahren und 10 Kollegen eine Lohnerhöhung von 1825,10 Mk. pro Jahr. Bei der Firma Zimmermann u. Janßen in Ralsdorf wurde das Straf-System für Fußpattommen durch Verhandlungen zwischen Firma und Organisationsvertreter um ungefähr die Hälfte reduziert. Ferner wurde ein prozentualer Lohnzuschlag für Nacharbeit 25%, für Nacharbeit 50%, für Sonntagarbeit 100% für alle Arbeiter erreicht. Wasch- und Trinkwasservorrichtungen sollen innerhalb 2 Monate geschaffen werden. Auch wurde ein Arbeiter-Ausschuss bewilligt. In der Schweiler Maschinenfabrik kam es wegen Akkorddifferenzen in der mechanischen Abteilung zur Sperre. Nach mehrmaliger Verhandlung zwischen Firma und Arbeiter-Ausschuss wurde den Akkordarbeitern ein Mindestlohn in Höhe des jeweiligen Tagelohnes mit 10% Zuschlag zugesichert. Außerdem sollten die Löhne der jüngeren im Betrieb gelernter Arbeiter erhöht und mit den übrigen nicht im Betrieb gelernter Arbeiter gleichgesetzt werden. Bei der Firma Erkens in Lendersdorf erzielten die Dreher, Hobler und Fräser eine Erhöhung der Stundenlöhne um 5, 8 und 10 Pfg.

Bei der Firma Neumann in Schweiler hatten sich innerhalb eines Jahres 160 Mitglieder dem christlichen Metallarbeiterverbande angeschlossen. Schrittweise wollten sie ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse bessern. Mit Versprechungen hielt die Firma nicht zurück, doch haberte es mit der Verwirklichung. So kam es am 21. Mai zur Einreichung von Forderungen. Als dann am 5. Juni der Arbeiterausschuss plötzlich entlassen wurde, reichten 180 Arbeiter ihre Kündigung ein. In letzter Stunde ließ sich die Firma zu Verhandlungen mit dem entlassenen Arbeiter-Ausschuss ein. Eine Versammlung, die im Betrieb stattfand, brachte die Bewegung zum Abschluß. Die Firma verpflichtete sich ehrenamtlich, das Akkord-System beizubehalten, daß eine Kommission eingesetzt werde, die in Zukunft die Reklamationen prüfen und die Akkordsätze feststellen sollte; weiter eine Lohnerhöhung in Höhe eintreten zu lassen und die entlassenen Arbeiter bis auf einen, der auf seine Einstellung verzichtete — wieder einzustellen.

Die Firma Sufferath und Co. in Birkesdorf, die den Tagelohnern die arbeitsfreien Stunden vor hohen Feiertagen bisher bezahlt hatte, wollte selbige mit Ostern in Abzug bringen. Durch schriftliche Verhandlung zwischen Firma und Verbandsvorretter gelang es, das bisherige System beizubehalten. Allem Anscheins nach war es aber der Firma nicht um ein freies Verhältnis in ihrem Betrieb zu tun. Im September kam es wegen Lohnabzügen und Entlassungen zum Streik. Die Firma ging von dem Grundsatze aus, jüngere Arbeiter, die eben anfangen etwas zu verdienen, zu entlassen und an deren Stelle billigere Arbeitskräfte einzustellen. Der Streik mußte schließlich abgebrochen werden, weil sich unsolidarische Elemente in großer Zahl eingestellt hatten.

Bei der Firma Prym in Stollberg, die Weihnachten 1911 an ihre Arbeiter eine „Weihnachtsgratifikation“ verteilte, kam es im Verlaufe des Jahres mehrfach zu Differenzen. Die Arbeiter mußten bald wahrnehmen, daß es mit der Wohltätigkeit der Firma Prym nicht weit her sei. Mit der einen Hand gab man etwas, um die Arbeiter für gelbe Ideen weisfähig zu machen und mit der anderen Hand nahm man ihnen das „Geschenke“ wieder mehrfach ab durch Lohnverkürzungen, die für verschiedene Kategorien bis zu 33 Prozent betrugen. Neffenher suchte die Firma dann noch die Arbeiter durch Maßregelung von Vertrauensleuten und Ausschussmitgliedern einzuschüchtern und von der Organisation abzuhalten. 1912 wurde abermals eine Weihnachtsgratifikation verteilt und was man 1911 ankündigt, machte man 1912 zur Bedingung, den Austritt aus der Arbeiterorganisation. Dieser Forderung suchte die Firma durch neue Maßregelungen von Vertrauensleuten Nachdruck zu geben und riefte auf neue mit ihren gelben Grundgedanken. Dieser neue Enttrocknungs- und Anebelungsversuch seitens der Firma führte dann in mehreren wichtigen Betriebsabteilungen zur spontanen Arbeitseinstellung. Dieser Kampf der Arbeiter zur Verteidigung ihres Koalitionsrechtes ging dann bekanntlich durch den Verrat der Hirsch-Dunderschen verloren; schon nach einigen Tagen waren sich diese auf Betreiben ihrer Führer der Firma als den Gelben ebenbürtigen Organisation an den Hals.

Das Jahr 1913 hat für uns begonnen mit der erneuten Kampfanlage der Unternehmer an den christlichen Metallarbeiterverband. „Den Christlichen soll ein Schlag versetzt werden“, so sagte der Vertreter der Firma Prym. Zeigen wir als ganze Gewerkschaftler, daß wir gewillt sind, den Schlag zu parieren. Arbeiter wie alle mit an der Stärkung unseres Verbandes und damit an der Verbesserung der Lage der Metallarbeiter in unserm Revier. Frisch ans Werk!

Greifeld. Ein Fortschritt unserer Organisation zeigt sich auch hier; wenn auch langsam, so geht doch sicher voran. Greifeld gilt ja nach außen hin als eine weltberühmte Sammet- und Seidenstadt, jedoch kommen auch zirka 6000 Metallarbeiter in Frage, deren Lage keine rosige ist. Zudem ist unsere Metallindustrie vielgestaltig. Das Organisationsverhältnis, mit Ausnahme einiger Handwerksmäßigen Berufe im Kleinergewerbe ist sehr schwach, inselgebesen sich tieftraurige Verhältnisse in manchen Betrieben vorfinden. Unsere Gegner sind schon ziemlich alt hier; trotzdem haben sie es zu größerem Einfluß noch nicht gebracht. Ihre kramphastigen Versuche, uns bei jeder Gelegenheit auszuscheiden, sind heute in fast allen Betrieben unmöglich. Sie sind also wohl oder übel gezwungen, mit uns zu rechnen. Noch im Frühjahr 1912 schrieb die hiesige Zeitung des roten Verbandes in bezug auf unsere Agitation, daß recht bald ein Zusammenbruch unserer Bewegung im hiesigen Gebiet zu erwarten sei, und unser Beamter „als einjamer Hirt“ allein auf weiter Flur stehe. Heute schreiben wir 1913 — und die Dinge sind eben anders gekommen, als die Genossen gewünscht. Unsere Mitgliederzahl stieg von 196 auf über 400, während die Genossen in ihrem Jahresbericht wohl über die bösen Christen schimpften, aber nicht von Verlusten reden. Sie trösten sich

vielmehr damit, daß den Christen doch recht bald ihre „durch Lage und Terrorismus“ gewonnenen Mitglieder wieder abspringen würden. Nun, wir wollen den Genossen ihre kindische Freude am Prophezeien lassen, es ist ja die einzige, die sie noch haben.

Mit der Steigerung unserer Mitgliederzahl hielten die Einnahmen gleichen Schritt. Die Zahl der Versammlungen war eine sehr hohe, besonders die der Betriebsversammlungen. Reizwegs befriedigt können wir mit dem Besuch unserer tausenden Mitgliederversammlungen sein; es ist hier Aufgabe der einzelnen Vorstände und Vertrauensleute der Sektionen, diesem Uebelstand in Zukunft abzuhelfen, wenn wir auch im kommenden Jahre weiter vorwärts wollen.

Eine Lohnbewegung wurde im Sommer bei der Firma Brandenburg und Mehlend in Kempen geführt. Trotz der Jugend unserer Organisation in genanntem Betriebe erhielten wir neben andern Verbesserungen für einen Teil der Kollegen bis zu 3 Pfg. Lohnerhöhung pro Stunde. Mit der Direktion des Williger Stahlwerks wurde zweimal während des Jahres bezügl. kleiner Differenzen verhandelt, stets mit Erfolg. Ferner war es möglich, in der Waggonfabrik Uerdingen Abteilung Vohreier einige Verbesserungen zu erzielen.

Das Kapitel Hausagitation war bislang noch bei einem großen Teil unserer Kollegen ein unbeschriebenes Blatt, jedoch scheint man jetzt den Wert dieser Agitation langsam einzusehen, es sind auch in den letzten Wochen ganz schöne Resultate erzielt worden. Hoffentlich paden jetzt auch noch diejenigen Sektionen, welche bis jetzt noch keine Hausagitation gemacht haben, dieselbe frisch an. Leider haben wir in unserm Gebiet noch einige Betriebe, wo ein Organisationsverbot vorhanden ist. Das in solchen Betrieben ganz schauerhafte Lohnverhältnisse herrschen, ist zu verstehen. Hoffen wir jedoch, daß sich auch diese Arbeiterschaft bald einmal aufrafft. Es muß sich im Laufe der Zeit zeigen, daß auch die Räume der organisationsfeindlichen Firmen, wie z. B. Arnolds Eisenmühlfabrik in in Kempen nicht in den Himmel wachsen, und auch die dortige Metallarbeiterschaft es ablehnt, sich ihre Rechte und ihre Freiheit beschränken zu lassen. Neukerst schwer ist die Metallarbeiterschaft der beiden Stahlwerke Greifeld und Willich für die Organisation zu gewinnen, trotzdem dort eine fraise Organisation dringend notwendig wäre. Besonders auf dem Greifelder Stahlwerk, wo die Behandlung der Arbeiter einfach jeder Beschreibung spottet. Trotzdem werden wir auch im kommenden Jahr unablässig bemüht sein, hier Kreuze zu legen. Der Geist, der unsere Generalversammlung am Sonntag, den 16. Februar durchwehte bewies, daß auch die Kollegen hier am linken Niederrhein gewillt sind, durch Kampf zum Siege zu gelangen.

Ernsdorf. Am 16. Februar hielt die hiesige Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab, welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Aus dem Jahresbericht, welchen der Kollege Hillebratter erstattete, ging hervor, daß in unserer Ortsgruppe seit ihrem Bestehen ein reges Leben geherrscht hat. In der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1912 wurden 4 Mitgliederversammlungen und 3 Vorstandssitzungen abgehalten. Nach Erhaltung des Kassenerichtes wurde der alte Vorstand einstimmig niedergewählt.

Sodann ergriff der Kollege Fortwied-Buschhütten das Wort zu einem längeren Vortrage. Ausgehend von der Lage in all-gemeinen ging Redner auf die Lage in der Siegerländer Metallindustrie näher ein. Klar und deutlich ging aus den Ausführungen hervor, daß unsere Kollegen alle Ursache haben, für die Verbreitung unserer Ideen Sorge zu tragen. Gerade jetzt sei aber auch der Zeitpunkt gekommen, um die indifferenten Arbeiter über das Tun und Treiben der roten Gewerkschaften aufzuklären. Versuchen dieselben doch überall im Siegerland ihre Flugblätter an den Mann zu bringen. Das Verhalten der Roten bei dem Kampfe der christlichen Metallarbeiter in Menden sage uns zur Genüge, daß wir überall für die Stärkung unseres Verbandes Sorge tragen müßten. Den kämpfenden Kollegen in Menden aber gelte es den Rücken zu stärken, auch durch finanzielle Opfer. Hier müßten wir dem Beispiele so mancher Ortsgruppe folgen und möglichst hohe Summen durch freiwillige Beiträge aufbringen. So habe z. B. die Ortsgruppe Geisweid bereits durch Sammlung den Betrag von 130 Mk. aufgebracht. Dann ging Redner noch auf den Treubruch der Hirsch-Dunderschen in Stollberg ein und wies darauf hin, daß uns solche Dinge Vorsicht gebieten, um uns vor Ueberrastungen zu bewahren. Habe doch der H.-D. Beamte Ziegler in einer Versammlung am 16. Februar nachmittags in Ernsdorf immer wieder betragt, die Arbeiterschaft und namentlich die Siegerländer, müsse sich einig sein, denn die Agitation gegeneinander brächte den Arbeitern nur Schaden. Auch wir sind dieser Meinung, aber dann sollten die H.-D. doch auch nicht, wie es in der erwähnten Versammlung geschehen ist, nach einer solchen Rede zwei verlogene Flugblätter gegen den christlichen Metallarbeiterverband zur Verteilung bringen. Dieses zeige uns, was wir von den Reden der Hirsch-Dunderschen zu halten hätten. Mit einem kräftigen Abweil an die Anwesenden, daß jeder seine Pflicht tue, schloß der Redner seine Ausführungen. Sodann wurde beschlossen, augenblicklich mit der zweiten Sammlung für Menden zu beginnen.

Kollegen von Ernsdorf und Umgebung! Ihr habt jetzt gehört, welches unsere Pflichten und Aufgaben in der nächsten Zeit sind. Nun muß jeder seine Kraft in den Dienst der Sache stellen. Die Hindernisse, die sich uns entgegenstellen, müssen überwunden werden. Die Parole muß nun lauten: „Alle Mann an die Arbeit zur Stärkung unseres Verbandes, zum Wohle für uns und die gesamte Arbeiterschaft.“

Schallsmühle a. d. Wolme. (Sie saßen an der Wolme und heulten.) Unsere lieben „Freunde“ von der Hirsch-Dunderschen Couleur sind anscheinend rein untröstlich darüber, daß ihnen durch ihren schmählichen Vertragsbruch die Felle weggeschwommen sind. Geradezu herzzerreißend ist die Klage, welche der „Regulator“ sich in seiner Nr. 10 aus Schallsmühle schreiben läßt: „Das Wolmetall halt wieder von dem Kriegsgeld der uneinig gewordenen Arbeiter“ soll heißen: dem Gemarterten der blamierten Hirsch-Dunder. „Ausgerechnet unsere bisherigen Freunde“ haben uns so abgeführt, „trotz des Vertrages uns die Treue gebrochen“, so und ähnlich lauten die Jeremiaden im „Regulator“. Es lohnt sich nicht, auf den ganzen Inhalt des Geschreibsels einzugehen, bemerkt sei nur folgendes: Wenn es den Hirsch-Dundersen leid tut, daß der Vertrag gelöst ist, so verheßen wir diesen Schmerz voll auf. Wir aber haben keinerlei Ursache, den H.-D. Schmerz zu teilen; denn unehrlicher und verflügender, wie der H.-D. Gewerkschaften hierorts während des Bestehens des Vertrages gegen uns operiert hat, wünten es auch die Sozialdemokraten nicht tun.

Am 25. Februar vorigen Jahres war es der H.-D. Vorsteher und Parteiführer Orlovski, der in öffentlicher Ver-

sammlung — die unsererseits einberufen war — versuchte, den christlichen Metallarbeiterverband herunterzusetzen. Der Mann schante sich nicht, die ihm vom Bezirksleiter übergebenen Flugblätter gegen uns in dieser Versammlung zu verteilen, trotzdem in der Versammlung mit keiner Silbe der Hirsch-Dundersche Gewerksverein genannt worden war. Herr Bongers hat das Verhalten der H.-D. am Orte. Bei der vorjährigen Gewerksvereinswahl wurde ein Mitglied des H.-D. Gewerksvereins ohne weiteres von uns mit auf die Liste übernommen und gewählt; aber noch nicht drei Hirsch-Dundersche haben damals von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Der Dank bestand darin, daß Herr Bongers an den H.-D. Obmann seine Schmutzblätter gegen uns schickte, die dieser gute Mann dann heimlich den Arbeitern zustellte. Erst, als wir sahen, wie heimtückisch die Hirsch-Dunderschen arbeiteten, wie sie unter dem Schutz des Vertrages ihre uneheliche Agitation gegen uns entfalteten, erst da haben wir den Spieß umgedreht. In einer öffentlichen Versammlung haben wir zeigen können, wie das ganze Lügenwebwerk gespannt war. Herrn Böhne hat das nicht gefallen. Er wandte sich an seinen Bezirksleiter Bongers und nun kam das saure Glatzschloß: Wilhelm Bongers, langjähriger Beamter der H.-D. Gewerksvereine, pilgerte in seiner Not zum Büro des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Lüdenscheid, bettelte den Genossen Budde um Hilfe an gegen die christliche Organisation, mit der der H.-D. Gewerksverein im Vertragsverhältnis stand. Kann es etwas entwürdigenderes geben? Erwidert Budde nicht gut genug, Hilfe zu leisten, bekam dafür aber auch genau dieselben Hiebe wie sein Freund Bongers. In der öffentlichen Versammlung, (siehe Bericht in Nr. 4 unter Schalksmühle) welche die beiden Kämpfer einberufen hatten, wurde dem Herrschaften eine Abjuration erteilt, daß sie nicht wollten, wie sie aus Schalksmühle herauskommen sollten. Die nun im Gram und Aerger verbrochenen Artikel im „Regulator“ stören unsere Kollegen in Schalksmühle nicht. Sie amüsierten sich nur darüber. Und wenn Wilhelm Bongers glaubt, durch Heranziehen von Berliner Agitatoren könnte er uns locken, so befindet er sich ganz auf dem Holzwege. Ebenso wenig werden seine Änderungen unseres Vorabendem erst genommen. Die Metallarbeiter von Schalksmühle wissen, wohn sie gehören. Wer 40 Jahre geduldet hat und nichts für uns tat, der braucht auch heute nicht zu kommen. Mag der H.-D. Gewerksverein weiter schlafen. Wir werden um so intensiver arbeiten, bis der letzte Mann dem christlichen Metallarbeiterverband angehört.

Delde. Unsere Generalversammlung am 16. Februar erfreute sich eines sehr guten Besuches und verlief sehr anregend. Nach dem Kassenbericht, den Kollege Wäumer erstattete, betrug die Einnahme für die Hauptkasse 5399,10 M.; davon wurden für Unterstufungen verausgabt: bei Krankheiten 587,80 M., Arbeitslosigkeit 51,30 M., Reise 1 M., Umzug 25 M., Karrenmarken 5,60 M., der Anteil der Lokalkasse betrug 789,81 M., an die Hauptkasse abgeführt wurden 3938,59 M. Die Lokalkasse schließt bei einer Einnahme von 1659,36 M. und einer Ausgabe von 1089,30 M. mit einem Bestand von 570,06 M. ab, gegen 462,60 M. im Vorjahre.

Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende, Kollege Holzmann. Der Mitgliederbestand betrug zu Beginn des Berichtsjahres 210; neu aufgenommen wurden 41, zugerechnet sind 7 und aus anderen Verbänden übergetreten sind 3 Mitglieder. Diefem Zugang von 51 steht ein Abgang von 82 gegenüber; davon sind ausgetreten bzw. wegen rückständiger Beiträge gestrichen worden 57, abgereist 16, zum Militär einberufen 8, gestorben 1. Es verbleibt uns also am 1. Januar 1913 ein Bestand von 180 Mitgliedern. In Versammlungen wurden abgehalten: drei sehr gut besuchte öffentliche. In der 1. referierten Herr Harber-Düffeldorf und Kollege Oberhoffel, in der 2. Kollege Kraus-Duisburg und in der 3. unser zweiter Verbandsvorsitzender Kollege Klotz-Essen. Mitgliederversammlungen fanden 11 statt in denen je ein Vortrag gehalten wurde; sie waren durchschnittlich von 55—60 Prozent der Mitglieder besucht. Die Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen, deren 14 abgehalten wurden, wiesen stets einen guten Besuch auf. Weiter wurden noch 7 Werkstattversammlungen abgehalten. Lohnbewegungen hatten wir drei zu verzeichnen, die sämtlich ohne Streik und zur Zufriedenheit der beteiligten Kollegen verliefen. In den konfessionellen Arbeiter- und Jugendvereinen besteht hier nach wie vor das alte gute Verhältnis.

Die Vorstandswahl ergab mit 2 Ausnahmen die Wiederwahl der bisherigen Kollegen; die Kassenrevisoren wurden gleichfalls wiedergewählt. Der Vorsitzende forderte die Gewählten auf, sich auch in Zukunft als treue und eifrige Arbeiter im Dienste des Standes und der Organisation zu bewahren. Jeder müsse seine Ehre herein setzen, stets als ganzer Mann auf seinem Posten zu sein. Aber auch alle übrigen Kollegen müssen eifrig mitarbeiten, damit die Scharte vom Vorjahre im laufenden Jahre wieder ausgewetzt werde. Besonders heiße es, die Jugend bereiten unserem Verbande zuzuführen. Jede Versammlung in dieser Hinsicht heiße dem Gegner in die Hände arbeiten. Durch eine planmäßige Hausagitation müsse der Versuch gemacht werden, die indifferenten Arbeiter von Delde für den Verband zu gewinnen. Die Eltern erwachsener Söhne müssen bei dieser Gelegenheit ebenfalls aufgesucht und mit unserer Bewegung bekannt gemacht werden, damit wir in ihnen Freunde und Förderer unserer Sache gewinnen. Es wurde dann noch besonders empfohlen das fleißige Lesen des Verbandsorganes und der Gewerkschaftsliteratur, sowie der pünktliche und regelmäßige Besuch der Versammlungen.

Kollege Oberhoffel hielt darauf noch ein kurzes Referat, in welchem er die Delde Kollegen besonders auf die Pflichten eines Gewerkschaftlers aufmerksam machte und sie anspornte zur fleißigen Beteiligung an der Verbandarbeit im allgemeinen und der planmäßigen Hausagitation im besonderen. Er wies dann hin auf den Kampf in Meiden und das Verhalten des Arbeitgebersverbandes, welches das Einschneiden aller sozial einflussreichen Kreise aufs schwerste verlege. Geradezu unerhört aber sei die arbeitgeberverdrängende Kampfesweise der Genossen. Es habe sich im Falle Meiden gezeigt, was die herrliche Arbeiterschaft von der Seite zu erwarten habe. Zum Schluß würdigte Kollege Oberhoffel dann noch kurz die großen Verdienste des Staatsministers Frhr. von Berlepsch um die deutsche Sozialpolitik, der demnächst seinen 70. Geburtstag begehe. Aus diesem Anlaß solle aus kleinen Beiträgen der Arbeiterschaft ein Berlepschfonds angesetzt werden, um das Werk des Frhr. von Berlepsch, die Gesellschaft für Soziale Reform, für die Zukunft sicher zu stellen und unabhängig zu erhalten. Ehrenpflicht für die Kollegen sei es deshalb, durch Kauf von Berlepschmarken auch ihrerseits zur Sicherstellung des segensreichen Werkes des Frhr. von Berlepsch ein Scherlein beizutragen.

Der Vorsitzende schloß mit der Aufforderung, die heute gefassten Beschlüsse nun auch in die Tat umzusetzen und jederzeit treu, geschlossen und einig zusammen zu stehen. Und nun wohlau! denn, Kollegen von Delde, frisch und froh an die Arbeit; auf zu neuen Erfolgen!

Schwidnisch. Die Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe wurde am 15. Februar im „Goldenen Roß“ abgehalten. Die Beteiligung war gut, hätte aber noch besser sein müssen. Der Vorsitzende, Kollege Müller, erstattete den Jahres- und Tätigkeitsbericht für das Jahr 1912. Daraus war zu entnehmen, daß wir trotz der Anfeindungen der Gegner weitere Fortschritte gemacht haben, wenn auch zu wünschen wäre, daß mancher der Kollegen mehr Geist für unsere Sache gezeigt hätte. Zwar konnten eine größere Anzahl neuer Mitglieder aufgenommen werden, doch ist diese noch sehr klein im Verhältnis zu der großen Anzahl fernstehender, noch unorganisierter Kollegen und Kolleginnen, die noch gewonnen werden müssen. Der Vorsitzende schloß seinen Jahresbericht mit der Aufforderung an die Versammelten, im neuen Geschäftsjahr stets für den Verband zu agitieren, die Beiträge pünktlich zu bezahlen, das Verbandsorgan fleißig zu studieren und immer die Versammlungen zu besuchen; denn nur so würde der Erfolg unserer Arbeit nicht ausbleiben. Die Vorstandswahl ergab, mit kleinen Abweichungen die Wiederwahl der bisherigen Kollegen. Die Kassenverhältnisse gestalteten sich wie folgt: Die Einnahmen betragen 947,30 M., die Ausgaben für Unterstufungen usw. 515,56 M., so daß an die Hauptkasse der Betrag von 431,74 M. abgeführt werden konnte. Mit der Mitteilung, daß am 9. März die geplante Hausagitation abgehalten werde, wobei es Pflicht eines jeden Kollegen sei, sich zu beteiligen; schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Generalversammlung.

Kollegen und Kolleginnen. An euch ist es nun, die Beschlüsse, die gefaßt worden sind, in die Tat umzusetzen, vor allem die betreffs der Agitation. Veräume es deshalb keiner, sich an der Hausagitation zu beteiligen, die in anderen Ortsgruppen schon so große Erfolge gezeitigt hat. Stets wollen wir uns den kurzen Spruch vor Augen halten: „Uneinig sind wir nichts; einig aber alles!“ Nur, wenn wir die Ratschläge unseres Vorsitzenden befolgen, werden wir Erfolg haben. Darum: Glückauf zur Hausagitation!

Geldeingänge bei der Hauptkasse.

Monat Februar.

Ulm 404,06, Forstheim 859,97, Speyer 99,47, Köln 5 389,86, Wallau 491,44, Ahrne 344,43, Gevelsberg 800,—, Siegen 857,29, Warmen 302,60, Bonn 188,31, Warstein 300,—, Alme 317,50, Jngolstadt 50,—, Mannheim 600,—, Markt-Wehrich 15,60, Solingen 787,45, Bauen 10,—, Schwednisch 126,40, Düren 21,65, Vainpringen 56,90, Hannover 800,—, Oberstadt 161,54, Walsdorf 1309,31, Bergen 105,25, Stromberg 51,68, Düsseldorf 1050,31, Gölzig 84,93, Königshub 11,87, Bremerhaven 200,—, Heidenheim 68,40, Groß-Aufheim 3,20, Gmünd 488,58, Eßlingen 152,11, Eriberg 289,80, M.-Glabbach 1239,92, Theresienhütte 34, Danabrad 1500, Cuxen 130,96, Würzburg 55,80, Göttingen 177,97, Elm 180, Hameln 17,40, Jngolstadt 30, Chemnitz 101,43, Strandenburg 23,50, Eisenach 218,—, Hagen 1500, Delde 40, Dahlen 80, Stolberg 1508,22, Unterföhring 8,30, Falkau 229,89, Ransfen 30, Jüngersdorf 296,19, Heilbronn 175,10, Neheim 2269,12, Dinklage 76,85, Braunshweig 15, München 513,85, Solingen 700, Augsburg 255,07, Freiburg 458,40, Rheinfelden 52,95, Vörrach 23,66, Oberhausen 1202,76, Radolfzell 33, Nürnberg 700, Neustadt a. S. 93,54, Groß-Auweim 17,08, Köln 2500, Stuttgart 238,76, Bonn 63, Dresden 100, Warmen 750, Worms 79,55, Leer 7,99, Frankenthal 156,34, Freiburg 7,50, Dortmund 1200, Gevelsberg 500, Hamm 1000, Stuttgart 180, Karlsruhe 217,18, Düsseldorf 2000, Augsburg, 25, Düren 22, Dagersheim 20, Nachen 2200, Hoven 50, Düsseldorf 771,01, Rattowitz 158,30, Lippstadt 500, Wolfenbüttel 109,15, Braunschweig 103,64, Solingen 800, Klein-Steinheim 20, Ravensburg 150, Mannheim 863,55, Berlin 400, Düren 546,50, Hannover 32,60, Dingel 54,60, Jngolstadt 30, Lindau 144,80, Hannover 18,55, Dingel 8,50, Dillen 12,60, Stuttgart 250, Neunrich 250, Leipzig 85,20, Eisen 3300, Dessau 133,05, Falkau 200, Saarbrücken 1086,87.

Briefkasten.

Nach Schramberg! Bericht traf leider für diese Nr. zu spät ein. Nach Köln: Die Angabe „nach langwieriger Krankheit“ ist zu unbestimmt; in der Sterbetafel soll die Todesursache angegeben werden. Wegen des Osterfestes muß für die Nr. 13 unseres Organs früher Redaktionsschluss gemacht werden. Auch der Versammlungskalender für diese Nr. muß spätestens am 22. März früh an der Hauptgeschäftsstelle eingegangen sein.

Sterbetafel.

Karlsruhe. Am 4. März starb unser treuer Kollege und langjähriger Schriftführer Martin Epp, Former, im Alter von 42 Jahren an einem Magenleiden.

Warmen. Am 28. Februar starb unser treuer Kollege Heinrich Brings, Schlosser, im Alter von 23 Jahren infolge eines Unglücksfalles.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!
Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Samstag, den 15. März.
Berlin-Oberbuckowische. Abends 7 Uhr bei Dösch, Böttcherstr. 16.
Bremen. Abends 8,45 Uhr im Caloshaus, Dählstr. 1.
Dortmund 2. Abends 8,30 Uhr bei Reinberg, Fröterstr. 1.
Hannover. Abends 8,30 Uhr bei Schwes, Dählstr. 1.
Düsseldorf-Neumarkt und Jankalaten. Abends 9 Uhr im Jankalaten.
Düsseldorf-Ost-Friedrichshafen. Abends 9 Uhr bei Mengwasser, Dählstr. 1.
Düsseldorf-Olden. Abends 9 Uhr bei Engels, Kaiser-Wilhelm-Platz.
Düsseldorf-Nord. Abends 9 Uhr bei Krenninger, Kaiser-Wilhelm-Platz.

Silbe-Dellern. Abends 8,30 Uhr bei Wm. Keller, am Kaiser-Friedrich-Denkmal.
Essen-Electromonteur. Abends 8,30 Uhr nach Kurus, Steelerstr. 88.
Essen-Gut- und Wagenschmiede. Abends 9 Uhr in der „Bürgerhalle“, Poststraße 19.
Frankenthal. Abends 8,30 Uhr mit Vortrag im Lokale Graf.
Freiburg i. Br. Abends 8,30 Uhr im Gantebrau, Schifferstraße 7.
Köln a. S. Abends 8,30 Uhr im Pörsfelder Grob-Berlin. Alle erschienen. Bücher und Jubiläumsteile mitbringen.
Köln-Denk. Abends 9 Uhr „Zur Krone“, Freiheitstraße 19.
Milbe. Abends 8,30 Uhr bei Gb. Rosenbath, Bärberstraße.
Neheim, S. Bezirk. Abends 8,30 Uhr bei Vinhold, Hauptstraße.
Delde i. W. Abends 8,30 Uhr bei Sommer.
Hagenburg. Abends 8 Uhr in der Jakobinerkirche.
Stuttgart-Cannstatt. Abends 8,30 Uhr im Lokal des ev. Arbeitervereins.

Sonntag, den 16. März.

Buchholz. Abends 6,30 Uhr bei Küpper, Düsselbörferstraße.
Gevelsberg. Vorm. 11 Uhr bei Gennemann, Karlsbüh.
Danzig-Olda. Nachm. 4 Uhr in Tierfelds Hotel.
Danzig-Bo. 307. Vorm. 11 Uhr im Zuppeler Hof.
Dortmund-Vorfeld (Jugendliche). Vorm. 11 Uhr bei Sturm.
Dortmund-Derne. Vorm. 11 Uhr bei Nagel.
Dortmund-Witten. Vorm. 11 Uhr bei Wiede, Augustastr. 1.
Hg.-Beck. Morgens 11,15 Uhr bei Zimmer, Kollerstraße.
Hg.-Wanheimerort. Abends 6,30 Uhr bei Raffke, Fischerstraße.
Düren. Vorm. 11 Uhr bei Altfuehrer in Düren. Alle erschienen.
Düsseldorf-Stahl, Rohr- und Walzwerkarbeiter. Nachmittags 3 Uhr im Paulushaus.
Düsseldorf-Derenborf. Vorm. 11 Uhr bei Duerckling, Mühlstr., Ecke Borsdorferstraße 21.
Düsseldorf-Gerresheim. Vorm. 11 Uhr bei Manarz, Gräufingerstraße 18.
Düsseldorf-Neurath-Neishof. Vorm. 11 Uhr bei Wegener, Mittelstraße.
Eusheim. Nachm. 3 Uhr bei Prof. Berg. Vollständiges Erschelten notwendig.
Essen-Alteneisen. Abends 6 Uhr bei Esser.
Essen-Verga-Vorbeck. Abends 7 Uhr bei Knapper, Hochstraße.
Essen-Neulinghausen. Vorm. 11 Uhr bei Schroer.
Essen-Frohhausen. Abends 6,30 Uhr Lichtbildvortrag im „Bürgerheim“, Gohlfeldstr. 54.
Essen-Former und Giechereiarbeiter. Vorm. 10,30 Uhr bei Tripp, Altfuehrerstraße 209, öffentliche Versammlung. Referent: Kollege Mef-Sagen.
Essen-Solferhausen. Abends 6,30 Uhr im „Bürgerheim“, Gohlfeldstr. 54.
Essen-Segeroth. Abends 7 Uhr bei Langenberg, Freiheitstraße.
Gelsenkirchen-Schalke. Morgens 11 Uhr bei Wegener.
Halle. Nachm. 5 Uhr bei Tomasz, Bärberstr. 16.
Jngolstadt. Vorm. 9,30 Uhr Ausstellungsung im kath. Vereinshaus.
Jngolstadt. Vorm. 10 Uhr im kath. Vereinshaus. Wichtige Tagesordnung.
Köln-Chrenfeld. Morgens 11 Uhr bei Wittkamp, Venloerstraße.
Köln-Voll. Vorm. 11 Uhr bei Fehsenber, Hauptstr. 28.
München-Giesing. Vorm. 10 Uhr mit Vortrag im Rest. St. Josefs-Haus, Hochstraße.
München-Endling. Vorm. 10 Uhr mit Vortrag im Rest. „Beck-Huber“, Klingangerstr. 128.
München-West. Vorm. 10 Uhr mit Vortrag im Rest. „Kuppertshaus“, Lindendstraße.
Neheim, 2. Bezirk. Vorm. 11,30 Uhr bei Demmer, Mähnestraße.
Neheim-Oldingen. Nachm. 3,30 Uhr bei Nafe.
Neheim-Gülden. Abends 7 Uhr bei Sakenberg.
Odenkirchen. Vorm. 10,30 Uhr bei Morjan, an der Bell.
Wehringhausen. Vorm. 11 Uhr bei Fritz Simon.

Dienstag, den 18. März.

Danzig-Neufahrwasser-Brüden. Abends 6,30 Uhr im Jofeshaus zu Neufahrwasser.
Gelsenkirchen-Balmke. Abends 8 Uhr bei Mef-Sagen.
Mittwoch, den 19. März.
Düsseldorf-Dreher und Maschinenarbeiter. Abends 9 Uhr im Paulushaus.
Heiligenhaus. Abends 8,30 Uhr bei Küppersbusch, Hauptstraße.

Samstag, den 22. März.

Warmen. Abends 9 Uhr bei Bundermann, Oberbörnerstr. 69.
Berlin. Abends 8,30 Uhr in Schul Festsäle, Am Königsgraben 14.
Eisenach. Abends 8,30 Uhr im Weimarschen Hof.
Hamburg. Abends 8,30 Uhr in Willers Gesellschaftshaus, Rothhöfen 27.
Neuiged. Abends 8,30 Uhr bei Lehmanns, Wilhelmstr. 30.
Stuttgart-Neurath. Jeden 4. Samstag i. M. im Lokal zum goldenen Hahn, Stuttgarterstraße.
Welfert. Abends 8,30 Uhr bei Fehlinger, Altfstr. 12.
Würzburg. Abends 8 Uhr bei Endres, Herrengasse.

Sonntag, den 23. März.

Serbeke. Vorm. 11 Uhr bei G. Dien, Hauptstraße.
Wetter. Vorm. 11 Uhr im evangel. Vereinshaus.
Abreisen.
Stolberg. Das Büro der Ortsverwaltung befindet sich ab 1. April Rathausstraße 41, 1. Etage.

Für dauernde und gut bezahlte Arbeit werden sofort gesucht
**tüchtige Dreher, Bohrer, sowie
Schirmermeister und Schmiede,**
welche selbständig nach Zeichnung am Feuer arbeiten können.
**Fried. Krupp, A.-G. Germaniawerft,
Kiel-Gaarden.**

12. B. 265/12. Duisburg, den 20. Februar 1913.
Öffentliche Sitzung des königlichen Schöffengerichts.
In der Privatklage des Gewerkschaftssekretärs W. Hoffmeister in Person, Privatklagen, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. David in Gagen i. W., gegen den Redakteur Friedrich Kraus in Duisburg, Angeklagter, wegen Verleumdung, erdienen bei Anruf der Ende 1. der Privatklager in Person und Rechtsanwalt Dr. David, 2. der Angeklagte in Person. Die Parteien schlossen folgender Vergleich:
Der Redakteur Kraus erklärte: In den Artikel Nr. 42 und Nr. 45 des „Deutschen Metallarbeiters“ betreffend „Mendener Unsperrung“ enthaltener formellen Verleumdungen nehme ich zurück.
Gewerkschaftssekretär Hoffmeister erklärte: Sofern Redakteur Kraus als Arbeiterführer durch das von mir unterzeichnete Flugblatt „An die Arbeiterinacht von Sterlohn und Ungehörig“, formell beleidigt ist, nehme ich die formellen Verleumdungen zurück.
Die gerichtlichen Kosten werden geteilt, die außergerichtlichen Kosten werden verglichen.
Gewerkschaftssekretär Hoffmeister erklärte: Die Privatklagen in 12. B. 309/12 und 12. B. 265/12 nehme ich zurück.
Redakteur Kraus erklärte: Die Widerklage in 12. B. 309/12 nehme ich zurück.
Beide Parteien erklären, sich in Zukunft persönlicher Angriffe in der Mendener Sache zu enthalten.
Die Veröffentlichung des Vergleichs soll im „Deutschen Metallarbeiter“ und in der „Metallarbeiter-Zeitung in Stuttgart“ je einmal erfolgen, und zwar im „Deutschen Metallarbeiter“ auf Kosten des Redakteurs Kraus und in der „Metallarbeiter-Zeitung in Stuttgart“ auf Kosten des Gewerkschaftssekretärs Hoffmeister.
Vorgelesen und genehmigt. Beschlossen und verhandelt:
Das Verfahren in beiden Sachen 12. B. 265/12 und 12. B. 309/12 wird eingestellt unter Kostenfolge nach Maßgabe des Vergleichs.
gez. Dr. Sommerfeld. gez. Grojeau.